



# Plenarprotokoll

## 62. Sitzung

Kiel, Freitag, 17. Mai 2002

<b>Wirtschaftsbericht 2002</b> .....	4582		
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1847			
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	4582	Dr. Heiner Garg [FDP], zur Geschäfts- ordnung.....	4601
Martin Kayenburg [CDU] .....	4584, 4600	Holger Astrup [SPD], zur Geschäfts- ordnung.....	4601
Bernd Schröder [SPD].....	4587	<b>Entwicklungszusammenarbeit und inter-     kulturelle Verständigung</b> .....	4601
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] .....	4589	Landtagsbeschluss vom 23. Januar 2002 Drucksache 15/1505	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	4592	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1802	
Lars Harms [SSW].....	4594	Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten .....	4601, 4610
Manfred Ritzek [CDU].....	4596	Herlich Marie Todsén-Reese [CDU].....	4603
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr.....	4597	Sandra Redmann [SPD].....	4604
Uwe Eichelberg [CDU] .....	4599	Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] ....	4605, 4610
Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	4601	Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4607

Anke Spoorendonk [SSW].....	4608
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4609
Beschluss: Überweisung an den Umwelt- ausschuss und den Bildungsausschuss .	4611
<b>Bericht der Landesregierung zu den Er- gebnissen des Europäischen Rates in Barcelona am 15./16. März 2002.....</b>	4611
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1856	
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	4611
Peter Lehnert [CDU] .....	4613
Astrid Höfs [SPD] .....	4614
Joachim Behm [FDP] .....	4615
Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4617
Anke Spoorendonk [SSW].....	4618
Rolf Fischer [SPD].....	4619
Beschluss: Überweisung an den Europa- ausschuss zur abschließenden Bera- tung .....	4619

\* \* \* \*

### Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-  
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und  
Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-  
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und  
Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,  
Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume,  
Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit und Verbraucherschutz

\* \* \* \*

**Beginn: 10:01 Uhr**

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kol-  
leginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung  
und bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Beurlaubt sind die Kollegin Ulrike Rodust und der  
Kollege Dr. Trutz Graf Kerssenbrock.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 56 auf:

### Wirtschaftsbericht 2002

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1847

Ich erteile der Ministerpräsidentin, Frau Heide Simo-  
nis, das Wort.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! Die weltwirtschaftliche Entwicklung lief im  
vergangenen Jahr schleppender, als wir und die mei-  
sten Experten, auch die Wirtschaftswissenschaftler,  
erwartet hatten. Das verursachte eine **Konjunktur-  
schwäche**, die auch Schleswig-Holstein leider nicht  
verschont. Die jetzt bekannt gewordene **Steuerschät-  
zung** bedeutet auch für Schleswig-Holstein einen  
weiteren Einschnitt, der nur schwer zu verkraften ist.  
Wer weiß, dass die beschlossenen Steuersenkungen  
von 45 Milliarden DM und Kindergelderhöhungen von  
über 5 Milliarden DM nicht, wie klassischerweise  
angenommen, automatisch zu einer konjunkturellen  
Erholung führen, sondern vielmehr Haushaltslöcher  
zur Folge haben, die staatliche Leistungskürzungen  
nach sich ziehen. Wie die Opposition angesichts dieser  
Lage Wahlgeschenke in Milliardenhöhe versprechen  
kann, anstatt alle Anstrengungen in den Bereichen  
Bildung, Ganztagsbetreuung für Kinder, Forschung  
und Innovation zu bündeln, ist mir in der Tat ein Rät-  
sel.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns darauf besinnen, dass **Investitionen** in  
die Zukunft wichtiger sind als weitere Steuergeschenke

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist eine Inve-  
stition in die Zukunft!)

und dass sich an dieser Zukunft auch Unternehmer  
beteiligen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Der Zuwachs des realen **Bruttoinlandsproduktes** in  
unserem Land betrug im Vergleich zum Vorjahr nur  
0,2 %. Das ist weiß Gott kein Grund zum Jubeln. Es  
ist aber auch kein Grund zum Verzweifeln, denn im-

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

merhin gehören die Menschen in Schleswig-Holstein mit zu den zufriedensten in Deutschland. Nach einer Online-Umfrage des „Stern“ im März, an der 170.000 Menschen teilnahmen, erzielten wir bei dem Zufriedenheitsgefühl einen Spitzenwert.

Schleswig-Holstein liegt in der Lebensqualität im Gesamturteil seiner Bürgerinnen und Bürger noch vor Bayern und gleichauf mit Baden-Württemberg.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Dann wollen wir also nicht tauschen!)

Besonders wichtig ist die in Schleswig-Holstein sehr hohe Quote derer, die mit einer eigenen beruflichen Existenz liebäugeln. In der Bereitschaft zur Selbstständigkeit sind die Bürgerinnen und Bürger auch hier wiederum Spitze. 14 % aller Menschen zwischen 18 und 59 Jahren können sich vorstellen, sich selbstständig zu machen. Das kommt nicht von ungefähr. Augenscheinlich ist das **Wirtschaftsklima** in Schleswig-Holstein so gut, dass sich viele mit einem hohen Risiko daran beteiligen möchten. Nur in einem solchen Klima der „Gründerkultur“ entstehen neue, hoch entwickelte, dauerhafte und hoch interessante Arbeitsplätze.

Trotz der schwächeren Konjunktorentwicklung im letzten Jahr haben **Existenzgründungen** nicht nachgelassen. So wurden zum Beispiel im Jahr 2001 bei der Bürgerschaftsbank Schleswig-Holstein 717 Bürgerschaften mit über 61 Millionen € neu bewilligt. Das ist ein Plus von 13 %. Nach den Berechnungen der Bank löste diese Darlehenssicherheit Investitionen von 238 Millionen € aus.

Praktisch alle wichtigen Prognosen sehen für dieses Jahr ein zumindest vorsichtiges Ingangkommen des Konjunkturmotors voraus. Die der Steuerschätzung zugrunde liegenden Wachstumswahlen von 2,4 bis über 4 % nominal in den Jahren 2003 bis 2005 beweisen, dass diese Zahlen von Konjunkturexperten Ernst genommen werden. Dennoch beweist es auch das Auseinanderfallen von Wachstum und Steuereinnahmen beim Staat insbesondere dann, wenn die Konzeption, die dahinter steckt, darauf ausgerichtet ist, dass allein - so ist es jedenfalls bei der Opposition - durch Steuer geschenke die Konjunktur anspringen soll und nicht durch staatliches Handeln und Lenken und Beeinflussen.

Die letzte IHK-Umfrage in Schleswig-Holstein für das I. Quartal 2002 belegt das gute Klima in unserem Land:

„Das Ende der Talsohle ist erreicht. Die Geschäftslage in der Industrie hat sich stabilisiert und der Glaube an einen günstigen Verlauf der Konjunktur nimmt zu. Auch das Exportklima hat sich nach einem Zwischentief

wieder stabilisiert und die Unternehmen rechnen ähnlich wie im Vorjahr mit einer steigenden außenwirtschaftlichen Nachfrage.“

Das bedeutet, dass unsere Unternehmer mit einer gewissen Zuversicht in die Zukunft schauen und dass sie im Zusammenspiel zwischen ihren Entscheidungen und politischen Entscheidungen ein positives Signal sehen.

(Beifall bei der SPD)

Eine **Unternehmerbefragung** über die Standortattraktivität im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Kiel weist darüber hinaus aus, dass rund die Hälfte aller befragten Unternehmer mit den regionalen Rahmenbedingungen zufrieden sind, und dies mit steigender Tendenz. Das Bild wird also besser.

Neben der erfreulich hohen Zahl von Betriebsgründungen erweist sich auch unsere Regionalförderung als Aktivposten. Nach Genehmigung unseres Ziel-2-Programms durch die EU-Kommission kam das **Regionalprogramm** ins Rollen. Die über 333 Millionen €, die für die Infrastrukturförderung bis 2006 zur Verfügung stehen - davon 60 % von der Europäischen Union -, sind bis heute bereits fast zur Hälfte für Projekte in den Regionen verplant.

Unabhängig von den üblichen Schwankungen der Konjunktur und grundlegend für die wirtschaftliche Entwicklung der Zukunft ist die Standortpolitik mit einer optimalen Infrastruktur.

Das **Dienstleistungsgewerbe** steht bei uns auf festen Beinen. Seit 1994 legen wir im Durchschnitt pro Jahr um rund 1 % bei der Dienstleistungswirtschaft zu. So hat sich zum Beispiel die **Tourismuswirtschaft** im letzten Jahr gut entwickelt und wieder erholt. Heute ist bereits absehbar, dass auch das Jahr 2002 wieder ein gutes Jahr werden wird.

Wir sind im Tourismus wieder auf Platz 2 aller Bundesländer gelandet. Die gemeinsamen Anstrengungen zahlen sich jetzt aus.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die hier entstandenen Arbeitsplätze und das hier erschaffene Sozialprodukt zeigen, wie wichtig es war, dass sich die Landesregierung vehement für ein neues Tourismuskonzept eingesetzt hat. Wir haben viel Geld in die Hand genommen, um die touristische Infrastruktur voranzubringen. Inklusive Fördergelder und Tourismus-Agentur waren das 9,17 Millionen €.

Ein weiteres gutes Beispiel - jetzt wird auf der Seite der Opposition bestimmt wieder gelacht werden - ist,

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

dass Schleswig-Holstein fast schon die Nummer 1 im Gesundheitsbereich erreicht hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lothar Hay [SPD]: Sehr gut! - Zurufe von der CDU)

Dass Sie diesen Zukunftsmarkt lächerlich machen, beweist, dass Sie sich damit nicht beschäftigt haben. Denn hier sind Potenziale für den Arbeitsmarkt, für Existenzgründerinnen und Existenzgründer und es gibt die Möglichkeit einer starken Profilierung für unser Land, sodass wir nationales und internationales Ansehen mit unserem **Gesundheitsmarkt** gewinnen konnten und weiter gewinnen werden. Damit wollen Sie sich nicht auseinander setzen. Dass rund 200.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gesundheitswirtschaft tätig sind - das sind rund 16 % aller Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein -, scheint an Ihnen vorbeigegangen zu sein.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Das haben wir seit Jahren gesagt!)

Es wird Ihnen mit der Gesundheitswirtschaft so ähnlich gehen wie mit der Windenergie. Anfangs belächelt, beschimpft, dann ein bisschen herumgemäkelt und am Ende am besten gar nicht mehr darüber reden, weil es nämlich ein Erfolgskonzept gewesen ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Subventionen!)

Auch die großen **Infrastrukturprojekte** kommen voran. Der erste Abschnitt der **A 20** ist freigegeben. Die Bauarbeiten Richtung Mecklenburg-Vorpommern sind im Gang. In dieser Woche ist die Elbquerung westlich von Hamburg mit dem Querungspunkt Glückstadt beschlossen worden. Das ist ein Signal für die bessere Erschließung der Westküste.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

- Das waren die Westküstenabgeordneten.

Dass wir es mit dem Ausbau der Infrastruktur ernst meinen, dass wir die notwendigen Entscheidungen für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein treffen, hat auch unser Beschluss zum Ausbau des **Regionalflughafens Kiel-Holtenau** gezeigt.

Wir haben im letzten Jahr - ich darf zusammenfassen - tatkräftige Maßnahmen ergriffen, um die Tourismuswirtschaft wieder auf die Beine zu stellen und ihr einen guten Platz zu sichern. Wir haben eine erhebliche Verbesserung der Infrastruktur erreicht. Wir haben unser Programm für neue Unternehmensansiedlungen im Land so stark ausgeweitet, dass wir zu einem Gründerland geworden sind. Hier bei uns sind recht-

zeitig und richtig die Weichen für einen neuen Aufschwung gestellt.

(Klaus Schlie [CDU]: Man spürt den Aufschwung!)

Wir gehen jetzt hoffentlich in eine starke Phase wirtschaftlicher Prosperität in Schleswig-Holstein. Das darf nicht durch Schwarzmalerei behindert werden. Das darf auch nicht dadurch behindert werden, dass man den Akteuren der Wirtschaft Angst macht, dass ihre Entscheidungen etwa falsch sein könnten. Die Landesregierung jedenfalls wird - anders als die Opposition - diese gute Entwicklung unterstützen und begleiten. Wir bekräftigen die Unternehmer und Gründer in ihrer Entscheidung, für sich und für die Zukunft unseres Landes etwas zu tun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich möchte zunächst unsere neuen Besucher auf der Tribüne begrüßen: die Besuchergruppen des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums Neumünster und der Realschule Schenefeld.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Simonis, an sich wäre der Wirtschaftsbericht 2002 trotz der von Ihnen zugegebenen Konjunkturschwäche ja ein starkes Thema gewesen. Beim Durcharbeiten des Berichts muss man aber feststellen, dass nichts anderes als eine brave Statistik vorgelegt worden ist -

(Beifall bei der CDU)

weder tief greifende Analysen noch konkrete Schlussfolgerungen, wenige Zukunftshinweise, kein Konzept für künftige Wirtschaftspolitik und schon gar keine Visionen!

Von Ihren vielen **Imagekampagnen**, die Sie so stolz auflisten, hat sich doch nichts festgesetzt. Der Bericht strotzt von Programmen, die bei Ihnen die Wirtschaftspolitik ersetzen, und von Public Relation. Das war es dann aber auch. Ich sage Ihnen: Wir brauchen keine programmorientierte Wirtschaftspolitik, sondern müssen zurück zu einer handfesten, mittelstandsnahen, von Taten geprägten Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Martin Kayenburg)

Vor ein paar Tagen war in der Presse zu lesen, die Wirtschaft fühle sich im Norden wohl. Allen Unkenrufen, Miesmachern und Nörglern, die Schleswig-Holstein angeblich schlechtreden, sollte die neue DIHT-Standortumfrage 2002 zur Pflichtlektüre gemacht werden. In der Presseberichterstattung sind aber ganz offensichtlich lediglich Teilergebnisse unzulässig verallgemeinert worden. Die Landesregierung hat dann - so wie Sie soeben auch - das vermutete Ergebnis ungeprüft übernommen und als Argument gegen angebliche Miesmacher gebraucht. Ich denke, Sie haben schlecht recherchiert. Aber das war bei Ihnen schon immer so: Der Bote wird für die schlechte Nachricht verantwortlich gemacht, nicht der Verursacher.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Gegensatz zum Wirtschaftsbericht 2002 lohnt die **Kammerbefragung** in der Tat einer näheren Untersuchung. Meine Damen und Herren, wir alle wissen doch: Ein positives Klima stimuliert die Wirtschaft. Weil die Regierung dies aber nicht befördert, versucht die Wirtschaft es herbeizureden. Es ist doch legitim, dass die Kammer **Kiel** versucht, das Ergebnis als Beweis für seine Standortattraktivität auszulegen. Das Marketing für den eigenen Standort ist Aufgabe einer Industrie- und Handelskammer. Aber - und das sollten sich Frau Simonis und die Regierung hinter die Ohren schreiben - das Umfrageergebnis ist auch unüberhörbar ein Hilferuf, die Regierung möge doch endlich etwas für den Mittelstand tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Gesamtergebnis für den Standort wird als „gerade noch befriedigend“ bezeichnet. Eine „hohe Standortattraktivität“ ist objektiv mit Sicherheit nicht feststellbar. Der Kammer-Bezirk Kiel befindet sich vielmehr mit dem „gerade noch befriedigenden“ Ergebnis im Mittelfeld des Gesamtergebnisses. Das ist kein positives Ergebnis.

(Beifall bei CDU und FDP)

Er liegt von 69 befragten Bezirken auf den Plätzen 28 bis 31 - gleichauf mit Passau und Rostock. Herzlichen Glückwunsch, kann ich da nur sagen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Was Sie und die Landesregierung völlig verschweigen ist, dass Lübeck noch sehr viel weiter hinten liegt - nämlich auf den Plätzen um die 50 herum - und damit hinsichtlich der Standortattraktivität noch schlechter ist und dass Flensburg erst gar nicht untersucht worden ist.

(Zurufe des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

- Herr Müller, dies ist der Standort Schleswig-Holstein.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

Ich frage mich doch wirklich, wie die Landesregierung zu einer solchen Beurteilung kommen kann, wenn man feststellen muss, dass die **Wirtschaftsleistung** je Einwohner und das **Wirtschaftswachstum** nur in Berlin und in den ostdeutschen Ländern noch schlechter sind als in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Bei der Arbeitsproduktivität liegen lediglich Niedersachsen, Berlin und die ostdeutschen Länder hinter Schleswig-Holstein. Deshalb kann ich nur sagen: Frau Simonis, Sie leiden offenbar an Wahrnehmungsstörungen.

(Beifall bei CDU und FDP - Widerspruch bei der SPD)

Sie legen sich Ihre eigene Wirklichkeit so zurecht, wie Sie es gern hätten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Von einer objektiven Bewertung der wirtschaftlichen Situation im Lande sind Sie mit Ihren Darstellungen weit entfernt. Die Lage ist schlecht, und das können Sie auch nicht schönreden. Wegen des Versagens der rot-grünen Regierung in der Wirtschaftspolitik ist Deutschland in Europa und ist Schleswig-Holstein in Westdeutschland jeweils das ökonomische Schlusslicht. Das ist Fakt in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU)

Nur Ostdeutschland ist noch schlechter dran. Deshalb frage ich: Herr Schröder, was ist das eigentlich mit der „Chefsache“? Dazu kann ich nur feststellen: Voll daneben - Herr Schröder in Berlin und Frau Simonis in Kiel.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Hinzu kommt, dass mit jedem Konjunkturzyklus die **Sockelarbeitslosigkeit** in Schleswig-Holstein, aber auch im ganzen Lande, weiter steigt. Wenn man sich mit dem Wirtschaftsbericht 2002 genauer befasst, fällt besonders auf, wie sehr die Landesregierung bemüht ist, Schleswig-Holstein als das Gründerland schlechthin zu verkaufen. Sie schmeißen - wie wir es gerade erlebt haben - wild mit **Gründungsquoten** und Zahlen von angeblich neu geschaffenen Arbeitsplätzen herum, ohne die Insolvenzen gegenzurechnen. Bei **Konkursen**

(Martin Kayenburg)

aber sind wir nun wirklich deutscher Meister, Frau Simonis.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vom Saldo als Ergebnis politischer wie wirtschaftlicher Betätigung haben Sie offenbar noch nichts verinnerlicht - und der Hersteller des Berichtes auch nicht, Herr Professor.

Sie sollten deswegen die Arbeitsmarktzahlen einmal genauer betrachten. Dann sehen Sie Schwarz auf Weiß, was das Ergebnis Ihrer Wirtschafts- und Gründungspolitik ist. Obwohl im April dieses Jahres die Zahlen saisonbedingt etwas günstiger waren als im Vormonat, haben wir im Vergleich zum Vorjahr mehr Arbeitslose: Im April 2002 sind es 118.700 und im April 2001 waren es 116.000 Arbeitslose. Da frage ich mich doch, wo da eigentlich Ihr Erfolg ist. So sind die Zahlen, obwohl Sie mit Bilanztricks wie zum Beispiel bei der Statistik zum 630-DM-Gesetz versucht haben, die Zahl der Erwerbstätigen durch Umbuchungen in die Höhe zu treiben. Insofern können wir nur feststellen: Es gibt eben keinen Erfolg der Wirtschaftspolitik im Berichtszeitraum.

Sie haben sich dann aber - das möchte ich positiv anmerken - doch ein paar Zukunftsgedanken gemacht. Sie reden von der Neustrukturierung des **Standortmarketings**. Ich frage Sie aber: Warum sind das Ankündigungen? Warum haben Sie das nicht längst gemacht? Sie reden von einer zukünftigen Konzentration auf die Kompetenzcluster „Life Science“, „IT/Elektronik“, „Neue Elektronik“, „Lebensmittelverarbeitung und -technologie“ und „Gesundheitswirtschaft“.

(Konrad Nabel [SPD]: Da sind wir Spitze!)

An dieser Ausrichtung auf **Zukunftswirtschaftszweige** ist grundsätzlich überhaupt nichts auszusetzen, auch wenn der IT-Bereich zurzeit einen katastrophalen Einbruch erlebt, den wir in Schleswig-Holstein beim Abbau der Arbeitsplätze unter anderem bei Motorola hautnah zu spüren bekommen haben. Was in diesem Bereich zurzeit abläuft, muss man wohl oder übel als „Selbstregulierung des Marktes“ bezeichnen.

Frau Simonis, Sie haben sich nun wirklich völlig geirrt; Sie tragen nur Klischees vor sich her. Wir sind eben nicht der Meinung, dass die Gesundheitswirtschaft und Life Science lächerlich zu machen wären.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Das sind vielmehr ausbaufähige Wirtschaftszweige.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann muss man sie auch ausbauen!)

Sie kommen aber aus Ihren Klischees nicht heraus.

Umso wichtiger ist es, dass die Landesregierung die richtigen Rahmenbedingungen für Unternehmen setzt. Davon kann bei Ihrer Politik aber leider überhaupt nicht die Rede sein.

Frau Simonis, wie anders ist es zu erklären, dass ein Vertreter Ihrer Regierung im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages erklärt hat, das Land sehe sich für den Bereich der Gesundheitswirtschaft nicht in der Verantwortung, sich am Marketing im Gesundheitswesen zu beteiligen? Für die betriebliche Förderung seien nicht genügend Mittel vorhanden. Ich kann nur sagen: Vollmundige Ankündigungen und nichts als heiße Luft. Das ist Wirtschaftspolitik à la Simonis.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Simonis, Sie können es einfach nicht, denn Sie vergessen offensichtlich, dass der eigentliche Motor der Wirtschaft hier im Lande der **Mittelstand** ist. Unser Papier „Pakt für den Mittelstand“ ist Ihnen lange bekannt. Die Rezeptur haben wir Ihnen auf den Tisch gelegt. Wir haben Ihnen auf Bundesebene eine Senkung der Steuerlast - für Personengesellschaften und Private - und die Rücknahme der von Rot-Grün verschärften Regulierung des Arbeitsmarktes nahe gelegt. Sie haben nichts getan. Frau Simonis, wir fordern Sie zum wiederholten Male auf, sich für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, für strukturelle Reformen in der Sozialversicherung und für die Wahrung des Lohnabstandsgebotes sowie für eine Verschlinkung des Betriebsverfassungsgesetzes im Sinne der Mitarbeiter und Unternehmen einzusetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie die Standortbefragung der Kammern genau gelesen hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass dies das Ergebnis der Befragung ist. Mit Ihrer Taubheit und Blindheit auf diesem Gebiet schaden Sie unserem Land. Dass Sie an anderer Stelle - wie bei der Verkehrspolitik - bewiesen haben, dass Sie unsere guten Vorschläge übernehmen können, will ich nicht bestreiten.

(Lachen bei der SPD)

Allerdings scheint hier Sozialdemokratie nahe beim Sozialismus zu liegen, denn für die Übernahme haben Sie Fünfjahrespläne zugrunde gelegt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nun noch eine kurze Bemerkung zur Lage des **Handwerks**. Ich finde Ihre Bemerkungen im Wirtschaftsbericht dazu geradezu unverfroren. Ganze acht Zeilen sind dort zur Lage des Handwerks zu finden. Ich frage mich wirklich, wie Sie das beantworten wollen, Frau Simonis. Sie tragen einen Großteil der Schuld. Sie

**(Martin Kayenburg)**

haben die Investitionsquote im Land gesenkt. Sie tragen Schuld an der schlechten Situation des Mittelstands. Frau Simonis, wer so mit Wählern umgeht, wird dafür die Quittung bekommen.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Simonis persönlich wird sicher früher abgelöst. Im Übrigen bin ich überzeugt, dass wir Rot-Grün 2005 ablösen werden. Der Wähler hat genug von leeren Versprechungen und von Ihrem Versagen in der Wirtschaftspolitik.

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich war uns völlig klar, was wir heute von der CDU erwarten konnten. Herr Kayenburg musste - jetzt endlich als alleiniger Fraktionschef - besonders kräftig auf die Pauke hauen. Das wissen wir schon seit langem: Wenn hier im Landtag eine wirtschaftspolitische Debatte läuft, spielt Herr Kayenburg die alte Leier.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Unruhe)

- Herr Kollege, ich habe Ihrer Rede auch zugehört. Egal, ob sich die Wirtschaft in einer konjunkturellen Hochphase befindet oder ob man sich tatsächlich bessere Konjunkturdaten wünschen würde: Herr Kayenburg redet die Wirtschaft mies! Die schleswig-holsteinische Wirtschaft redet er sogar obermies.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

Dabei bleibt Herr Kayenburg bekannt standhaft und lässt sich von Fakten nicht im Mindesten beeindrucken. Kurz gesagt: Herr Kayenburg, von Ihnen haben wir heute wieder nichts Neues und nichts Erhellendes gehört.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber sehr viel Wichtiges!)

Ihre Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein geht voll an den Realitäten vorbei.

(Lachen bei der CDU)

Ich frage mich allen Ernstes, wer hier Wahrnehmungsstörungen hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das wäre ja alles nicht so schlimm, wenn Sie damit nicht die tatsächlichen und unbestrittenen Standortstärken unseres Landes ständig schlechtreden würden. Im Übrigen haben die Menschen in Schleswig-Holstein solche Miesmacherei nicht verdient - weder unsere Unternehmer, von denen sich viele mit innovativen Produkten und Dienstleistungen in regionalen wie überregionalen Märkten einen Namen gemacht haben, noch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn die haben ebenso sehr ihren Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Soviel will ich Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, gern zugestehen: Auch wir wünschen uns bessere Wachstumsdaten, als wir sie derzeit haben. Natürlich ist den Unternehmern eine bessere und stabilere Auftragslage zu wünschen und natürlich ist die Zahl der Arbeitslosen zu hoch. Aber sehen Sie sich auch einmal unsere Ausbildungs-, Neuansiedlungs- und Existenzgründungsdaten an. Da ist Schleswig-Holstein nachgewiesenermaßen Spitze.

Inzwischen zeichnet sich beim **konjunkturellen Wachstum** ein Aufschwung ab. Noch ist es ein zartes Pflänzchen, doch die Wirtschaftswissenschaftler und die Konjunkturexperten der Banken und der Wirtschaft sind sich einig: Es geht in diesem Jahr wieder aufwärts.

(Zurufe von der CDU)

So wird das auch in Schleswig-Holstein sein. Die Politik kann und wird - wie immer - ihren Beitrag dazu leisten, damit sich die günstige Entwicklung stabilisiert. Wirtschaftsminister Rohwer hat Ihnen in diesem Bericht dargelegt, auf welcher vielfältigen Weise wir die Wirtschaft dabei unterstützen. An der Opposition in Berlin und Kiel erleben wir derzeit aber das genaue Gegenteil: Die von Ihnen angezettelte Schlusslichtdebatte wird kaum dazu beitragen, die Auftriebskräfte zu stärken. Genau genommen wissen Sie eindeutig, dass es für Ihre Vorhaltungen keine Grundlage gibt. Allerdings ist es kein Wunder, dass Sie sich in diesen Debatten nur allzu ungerne daran erinnern lassen, dass Gerhard Schröder von seinem Vorgänger - und der gehörte doch Ihrer Partei an - einen gigantischen Schuldenberg, eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit,

(Bernd Schröder)

eine höhere Neuverschuldung und eine höhere Steuerbelastung übernommen hat.

(Beifall bei SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Herr Kayenburg, ich will Ihnen durchaus zugestehen, dass auch wir dahinter stehen, wenn es heißt, wir müssen - gerade für den Mittelstand - Erleichterungen schaffen. Hier fordern wir Berlin gemeinsam auf, Veränderungen durchzuführen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Machen! - Weitere Zurufe)

- Was gibt es da zu lachen? Ich fordere das genau wie Sie. Das ist eine Forderung, die wir gemeinsam durchsetzen wollen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Man muss aber genauso deutlich sagen, dass die Ursachen für die wirtschaftliche Schwäche nicht bei der Bundesregierung und auch nicht bei der Landesregierung liegen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Im Ausland! - Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Herr Kalinka, machen Sie erst einmal Ihren Arbeitskreis Soziales, dann können wir weitergucken. Es hat in den vergangenen Jahren eine deutliche Abschwächung der Weltwirtschaft gegeben, die nach dem Schock vom 11. September in den USA in eine Rezession übergegangen ist. Sehr geehrter Herr Kayenburg, wer das nicht weiß, der kann durch **Konjunkturberichte** der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute Nachhilfeunterricht nehmen. Die Konjunkturforscher sind sich in der Beurteilung in den wesentlichen Punkten einig: Erstens. Bei den Ursachen der konjunkturellen Wachstumsschwäche sind die rezessive Entwicklung in den USA ebenso wie die Einbrüche an den Finanzmärkten entscheidend. Darüber hinaus nennen Experten gestiegene Mineralölpreise und schließlich die anhaltende Schwäche des einstigen Wunderknabens Japan.

Zweitens. Die Wirtschaftsforschungsinstitute sind sich auch darüber einig, dass die Steuer- und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung zu begrüßen ist, weil sie Familien und Unternehmen entlastet und mit der Sanierung der Staatsfinanzen und dem Abbau des gewaltigen Schuldenberges, den Sie uns überlassen haben, begonnen hat. Dass es angesichts dieser Schulden nicht einfach sein wird, diesen Weg zu beschreiten, liegt auf der Hand.

Drittens. Die Wirtschaftsforscher sind sich auch darüber einig, dass es in diesem Jahr wieder aufwärts gehen wird. Ich habe schon darauf hingewiesen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Gesundbeten!)

- Oder schlechtreden, das ist die Alternative bei Ihnen!

(Beifall bei SPD und SSW)

Für 2003 erwarten die Institute einen Aufschwung, der sich fortsetzt und an Breite gewinnt. Die reale Zunahme des **Bruttoinlandsprodukts** wird auf 2,4 % prognostiziert. Der Arbeitsmarkt dürfte - den Gutachtern zufolge - ab Mitte dieses Jahres ebenfalls von der konjunkturellen Belebung profitieren. Im Verlauf des Jahres 2003 rechnen die Institute mit 250.000 neuen Arbeitsplätzen. So weit zu den ökonomischen Rahmendaten.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in Schleswig-Holstein die augenblickliche konjunkturelle Schwächephase gut überstehen werden und dass unsere Unternehmen für die einsetzende Aufschwungphase positioniert sind. Für diese Überzeugung gibt es gute Gründe. Ein ganz entscheidender ist, dass es in den vergangenen zehn bis zwölf Jahren gelungen ist, die Wirtschaft in unserem Land zu modernisieren und den Strukturwandel voranzubringen.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Schröder, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Bernd Schröder [SPD]:**

Ja!

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Schröder, können Sie mir in diesem Zusammenhang erklären, warum die Landesregierung darauf verzichtet hat, über das erfolgreiche europäische Gemeinschaftsprojekt mit dem Namen „Manuela“, für das eine große Nachfrage besteht, zu berichten?

Das kann ich im Moment nicht weiter ausführen. Ich gehe davon aus, dass es Bestandteil des Förderprogramms „ziel“ ist; da wird das sicherlich seine Bedeutung haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Schleswig-Holstein ist zu einem ausgesprochenen Hightech-Standort mit Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft, Informationswirtschaft, Multimedia, Energietechnik und maritimer Wirtschaft geworden. Das sind unsere Schwerpunkte. Natürlich wollen Sie das nicht hören, meine Damen und Herren von der Opposition, aber es ist so und wird auch von Institutionen bestätigt, die wahrhaft nicht in Verdacht stehen, Rot-Grün unterwandert zu sein. Sehen Sie sich nur die



(Bernd Schröder)

Ergebnisse - Sie haben das hier selbst vorgetragen - der neuesten Umfrage der IHKS an!

Wir haben in den vergangenen Jahren zielgerichtet auf die entstehenden Zukunftsbranchen gesetzt - und das mit Erfolg. Sie können die Daten des **Wirtschaftsberichts 2002** nicht bestreiten: In allen Sparten, die auch als zukunftsfruchtig gelten, haben sich schleswig-holsteinische Unternehmen positioniert und verbuchten Erfolge. Natürlich sind unsere mittelständischen Unternehmen von der konjunkturellen Schwäche getroffen worden, zum Teil sogar stärker als finanzkräftige Großunternehmen. Aber die Chancen, dass sie sich mit dem Aufschwung auch auf hart umkämpften Märkten behaupten können, stehen gut.

Dafür haben wir in diesem Land eine Menge getan, beispielsweise mit unserer Förderung von **Messepräsentationen** im Ausland. Wir sind mit unseren Förderinstrumenten auf dem richtigen Weg, ob es sich um den Aufbau und die Modernisierung unserer **Verkehrsinfrastruktur** - das Stichwort A 20 ist gefallen - handelt oder um die Förderung der **Regionalentwicklung** mit dem „ziel“-Programm.

(Unruhe)

Wir können stolz darauf sein, dass Schleswig-Holstein inzwischen als **Gründerland** gilt. Dies belegen auch die nüchternen Zahlen. Im Saldo der Unternehmensgründungen und -lösungen haben wir 2001 bundesweit an dritter Stelle hinter Hamburg und Hessen und vor Bayern und Berlin gelegen. Beim Stichwort **Arbeitslosigkeit** ist bei der Union das Lamento groß. Was wirft Edmund Stoiber der Bundesregierung nicht alles an Versäumnissen vor!

Lassen Sie uns daher einmal einen Blick darauf werfen, wie es bei Ihrem Kanzlerkandidaten zu Hause aussieht: Davon, wie es 1996 im Beschäftigungspakt für Bayern angekündigt wurde, die Zahl der Arbeitslosen in Bayern bis zum Ende 2000 zu halbieren, ist heute keine Rede mehr; das Ziel ist um Längen verfehlt. Besonders prekär ist in Bayern die Lage der Jugendarbeitslosigkeit: Mit 33,8 % hat Bayern im Dezember 2001 sogar den stärksten Zuwachs an Arbeitslosen unter 25 Jahren.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Schröder, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen?

**Bernd Schröder [SPD]:**

Nein.

(Zurufe)

Ich schaffe sonst meine Rede nicht mehr.

Meine Damen und Herren, wir haben in Schleswig-Holstein keinen Grund, uns mit unseren Wirtschaftsdaten zu verstecken. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren die Modernisierung und den strukturellen Wandel mit großem Erfolg gefördert. Die konjunkturelle Talfahrt des vergangenen Jahres werden wir und die Wirtschaft ebenfalls meistern. Wir werden in unserer Arbeit nicht nachlassen, wir werden auch weiterhin alles dafür tun, in der Wirtschaftspolitik, in der Modernisierung der Infrastruktur, im Bildungs- und Ausbildungsbereich. Wir werden uns aber immer für einen gerechten sozialen Ausgleich einsetzen.

Dazu werden wir auch weiterhin die Förderinstrumente und die Arbeit der Fördereinrichtungen bündeln, damit dies aus einer Hand geschieht. Es ist sehr zu begrüßen, dass Wirtschaftsminister Bernd Rohwer gemeinsam mit der Wirtschaft des Landes an einer Initiative zur Profilierung und **Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein** arbeitet. Ich fordere insbesondere Sie von der Opposition auf, im Interesse unseres Landes, seiner Wirtschaft und der Menschen in diesem Land, die Initiativen des Ministers zur Profilierung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein zu unterstützen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Bemerkung meines Kollegen Hay leider nicht verstanden, aber Sie werden das nachher sicherlich nachholen.

Zur IHK-Umfrage hat Herr Kayenburg alles gesagt. Frau Ministerpräsidentin, zur **Gesundheitswirtschaft** darf ich Sie daran erinnern - Sie können das gern nachlesen -, dass wir seit Jahren sagen, dass Gesundheit ein Wachstumsmarkt ist. Als die erste Gesundheitsreform angezettelt wurde, haben Sie sich bedauerlicherweise hier nur hingestellt, ein riesiges Lamento losgelegt und gesagt: Alles wird in Schleswig-Holstein ganz schlecht, weil wir nicht mehr den gesetzlichen Anspruch auf Kuren haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alle Jahre wieder stellt der Wirtschaftsminister sein Bild der

**(Christel Aschmoneit-Lücke)**

Wirtschaftslage Schleswig-Holsteins vor - das ist notwendig und gut so. Ebenfalls alle Jahre wieder versucht er, frohe Botschaften zu verkünden - das ist verständlich und der Versuch sei ihm gegönnt. Dass es diesmal die Chefin persönlich gemacht hat, hat es bedauerlicherweise nicht besser gemacht.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Alle Jahre wieder lautet die Botschaft: Es ist alles ganz toll, aber bedauerlicherweise ist das durch die Tatsachen, die in dem schriftlich vorgelegten Bericht nachzulesen sind, nicht begründet.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Minister Rohwer, ich hoffe, Sie können noch zwischen der Realität und Ihrer Propaganda unterscheiden. Ich bin mir leider sicher, dass große Teile der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen das nicht mehr können. Ich werde nicht müde, das zu sagen: Das ist das größte Strukturproblem Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Unterschied zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit zeigt sich beim **Wirtschaftswachstum**: Im letzten Jahr ist unser reales **Bruttoinlandsprodukt** um 0,2 % gewachsen - vorletzter Platz unter den westdeutschen Bundesländern. Schleswig-Holstein ist leider nicht überall vorn, sondern bei den wichtigen Daten stehen wir hinten an. Die westdeutschen Länder sind unser Maßstab. Nur eines liegt noch hinter uns: Nordrhein-Westfalen mit 0,1 % Wachstum.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wer regiert denn da?)

Wir können noch einen dritten Wert hinzufügen: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wuchs 2001 real um 0,6 % - damit liegt Deutschland in der EU auf dem letzten Platz.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Hört, hört!)

Alle drei Gebiete haben eines gemeinsam: Sie werden von Rot-Grün regiert. Wo Rot-Grün regiert, weicht das Wachstum, der Wohlstand der Menschen stagniert. Eine andere Schlussfolgerung kann ich daraus nicht ziehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Misere wird noch deutlicher, wenn man das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner betrachtet. Das ist der anerkannte Maßstab für die Entwicklung der **Wirtschaftsleistung**: Es beschreibt die Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen und darauf allein kommt es an. 2001 wuchs das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Schleswig-Holstein gerade noch um

0,06 %. Das ist Stagnation. Dies als Erfolg anzupreisen, ist eine wirtschaftspolitische Bankrotterklärung.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das schwache Wachstum des letzten Jahres ist selbstverständlich nur eine Momentaufnahme. Die weltweite Konjunkturschwäche hat Schleswig-Holstein nicht verschont. Problematisch ist allerdings, dass der vorausgegangene Boom der **Weltwirtschaft** Schleswig-Holstein sehr wohl verschont hat. Das zeigen die Trends, auf die der Wirtschaftsminister gern und richtigerweise verweist. Entscheidend sei - ich zitiere -, dass der Wiederaufschwung in ein nachhaltiges und kräftiges Wachstum einmündet. - Diese Aussage unterstützt die FDP ohne Abstriche.

Die Vergangenheit gibt aber leider wenig Anlass zur Hoffnung, dass diese Landesregierung einen nützlichen Beitrag liefert. Seit 1991 ist das reale Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins um 9,6 % gewachsen, in Westdeutschland waren es 12,4 % und in Deutschland 15,7 %. Schleswig-Holstein hängt also leider auch in der längerfristigen Betrachtung zurück.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

9,6 % Wachstum über zehn Jahre, durchschnittlich 0,92 % pro Jahr. Das ist zumindest nachhaltig, jedes Jahr nachhaltig unter einem Prozent.

(Beifall bei FDP und CDU)

Von „kräftig“ kann überhaupt keine Rede sein, schon gar nicht, wenn wir berücksichtigen, dass die **Beschäftigungsschwelle** in Deutschland bei zirka 1,8 % Wachstum liegt. Erst ab dieser Rate wächst die Beschäftigung nachhaltig.

Angesichts dieser Tatsachen klingt es wie Hohn, wenn im Bericht steht:

„Die Wirtschaftspolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung setzt weiter konsequent auf Wachstum und Beschäftigung.“

Die Wirtschaftspolitik vielleicht, aber leider nicht die Verantwortlichen für die Politik.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die sitzen eher auf der Wirtschaftspolitik und würgen die Dynamik der schleswig-holsteinischen Wirtschaft mit aller Macht ab.

Einziges Lichtblick: Der lineare Trend der Wachstumsraten von 1992 bis 2001 zeigt ganz leicht nach oben, sowohl beim Bruttoinlandsprodukt als auch beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Aber das liegt aus-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

schließlich daran, dass das reale Bruttoinlandsprodukt 1993 geschrumpft ist. Betrachtet man den Trend ab 1994, dann geht es nachhaltig bergab. Schleswig-Holstein ist unter Rot-Grün in der Tabelle nicht nur ganz hinten, sondern fällt auch immer schneller zurück. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das Ergebnis dieser Wachstums- und Beschäftigungspolitik: eine einzige Bankrotterklärung. 32 Jahre nach Dennis Meadows haben wir endlich die Grenze des Wachstums aufgedeckt, sie heißt Rot-Grün.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, das liegt selbstverständlich nicht nur an schleswig-holsteinischen Besonderheiten. Die Menschen und die Unternehmen Schleswig-Holsteins sind leistungsfähig und motiviert, mindestens so wie in anderen Ländern. Das zeigt im Übrigen auch die erfreulich hohe Rate der **Nettoneueintragungen im Handelsregister** - Nettoneueintragungen, um das ganz deutlich zu sagen! Hier liegen wir seit Jahren mit vorn, aber trotzdem schlägt sich das nicht in steigendem Wohlstand und steigender Beschäftigung nieder, im Übrigen auch nicht im Steuerertrag. Darauf haben wir immer wieder hingewiesen. Und wenn man, bitte schön, das eine lobt, was ich hier gern tue, dann darf man aber das andere nicht vergessen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die **Bundesregierung** tut im Übrigen ihr Möglichstes, um Wachstum und Beschäftigung zu bremsen. Das trifft auch unser Land, gerade unser Land. Der **Arbeitsmarkt** ist das offensichtlichste Beispiel. Seit seiner Ankündigung, die Arbeitslosenzahl unter 3,5 Millionen drücken zu wollen, kämpft der Kanzler mit aller Macht darum, dieses Ziel auch ja nicht zu erreichen. Schröder bremst die Beschäftigung seit Jahren, wo er nur kann: Verschärfung der Mitbestimmung, Einschränkung befristeter Arbeitsverträge und geringfügiger Beschäftigungen, Neuregelung der Scheinselbstständigkeit, Rechtsanspruch auf Teilzeit. Der neueste Schildbürgerstreich ist das Tariftruegesetz. Wir haben vorgestern darüber gesprochen. Das alles ist gesetzlich verordnete Beschäftigungsverhinderung auch und gerade für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Minister, wenn Sie mir gestern gesagt haben, natürlich braucht die soziale Marktwirtschaft, braucht auch die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard Regelungen,

(Zurufe von der SPD: Aha!)

dann gebe ich Ihnen absolut Recht. Da gibt es überhaupt keine Frage, auch nicht für uns. Was sie aber nicht braucht, ist Strangulierung. Die haben wir aber im Moment.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es wäre falsch zu glauben, der Kanzler mauerte den Arbeitsmarkt gutgläubig und aus Versehen zu. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Kanzler Schröder ist vorsätzlich gegen die **Flexibilisierung des Arbeitsmarktes**, gegen weniger Arbeitslosigkeit, gegen mehr Beschäftigung und mehr Wachstum. Dazu bekennt er sich öffentlich: Die Lebensplanungen der Menschen sollen nicht unsicherer werden - weder im Erwerbsleben noch offensichtlich in der Arbeitslosigkeit.

Auf europäischer Ebene traut er sich das übrigens nicht. Dort unterstützt er kräftig, weit entfernt von hier, die Feststellung, dass die Arbeitsmärkte flexibilisiert, dass Beschäftigungshindernisse abgebaut, dass Steuer- und Leistungssysteme leistungsfreundlich umgestaltet werden müssen, um Wachstum und Wohlstand zu fördern. Karl May hätte geschrieben: Der Bundeskanzler spricht mit gespaltener Zunge.

(Beifall bei FDP und CDU)

Aber der Kanzler ist selbstverständlich nicht der einzig Verantwortliche. Die Landesregierung mischt kräftig mit. Sie hat sich gegen keines der beschäftigungs- und wachstumsfeindlichen Gesetze Schröders gestellt, obwohl Schleswig-Holstein als strukturschwächeres Land von allen überproportional benachteiligt wird. Für fast die ganze Landesregierung kann ich problemlos annehmen, dass dies aus Nichtwissen geschieht. Bei einem Mitglied allerdings nicht: Unser Wirtschaftsminister, seines Zeichens kompetenter Nationalökonom, hat nur ein einziges Mal leise und kurz die Stimme gegen die Verschärfung der Mitbestimmung erhoben, ansonsten vornehmes Schweigen oder öffentliche Unterstützung der Beschäftigungsverhinderung.

Meine Damen und Herren, ich finde, das ist ein außerordentlich bescheidenes Ergebnis dieses Wirtschaftsministers, dieser Landesregierung. Ich nehme Ihnen ja nicht übel, Herr Minister, dass Sie wenig Möglichkeiten haben, Wachstumspolitik persönlich hier in diesem Land zu betreiben, Wirtschaftspolitik, abgesehen von Verkehrspolitik, wirklich zu betreiben, weil einfach auch das Geld fehlt und weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen und weil Vieles im Bund gemacht wird. Aber dass Sie so wenig Einfluss nehmen auf die Bundespolitik von hier aus, obgleich Sie es besser wissen, das nehme ich Ihnen persönlich übel und das nimmt

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Ihnen auch die schleswig-holsteinische Wirtschaft übel.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Hentschel, ehe ich Ihnen das Wort gebe, möchte ich gern zu der Situation im Raum etwas sagen. Es ist eine Situation, die einige schon hinausgetrieben hat, weil sie Kopfschmerzen haben. Es wird gerade überprüft, welche Möglichkeiten es gibt, gegen diese Geruchsbelästigung anzugehen. Ich fühle mich auch verantwortlich für die Gesundheit der Abgeordneten und der Besucher. Ich schlage vor, dass wir diesen Tagesordnungspunkt zu Ende behandeln und dann eine kurze Pause machen, um zu beraten: Wollen wir mit der Sitzung fortfahren oder nicht? Ich denke, das müssen die Fraktionen dann entscheiden.

Herr Abgeordneter Hentschel, Sie haben das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Vielen Dank den zahlreichen Abgeordneten, die trotz der Luftverhältnisse bei dieser Debatte ausharren.

Wirtschaftspolitik ist ein Thema, bei dem - -

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit wir nicht auch noch durch den Geräuschpegel dazu beitragen, dass es immer schwieriger wird.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wirtschaftspolitik ist ein Thema, bei dem die Landesregierung nicht die bestimmende Aufgabe hat zu sagen, wie der Zug fährt, wie zum Beispiel in der Verkehrspolitik, wo die Landesregierung die harten Investitionen steuert, sondern Wirtschaftspolitik wird in erster Linie von den Unternehmen gemacht. Die Landesregierung hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen und zu moderieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wirtschaftspolitik? Herr Hentschel, das war wohl nichts!)

Von daher wäre es gut, wenn man auf dieser Grundlage auch seine Redebeiträge gestalten würde. Wenn Sie alle den Aufschwung oder jede wirtschaftliche Besserung jeweils der Wirtschaft zugute schreiben, jede wirtschaftliche Krise aber der Regierung anlasten,

Herr Kayenburg, dann hat das zwar rhetorische Glanzlichter zur Folge, je nachdem, wie Sie es ausdrücken, hat aber wenig mit der wirtschaftspolitischen Realität zu tun und mit den Funktionen von Wirtschaftspolitik.

Wenn man sich konkret im Detail ansieht, was in Schleswig-Holstein passiert, dann stellt man fest, dass wir insbesondere zwei Wirtschaftsbereiche haben, die zurzeit in der Krise stecken. Das ist einmal die Bauwirtschaft. Die **Bauwirtschaft** - das wissen Sie sehr gut - hat nach 1990 eine Riesenüberkapazität aufgebaut. Wir hatten teilweise in den neuen Bundesländern drei Mal so viel Bauarbeiter im Vergleich zum westlichen Durchschnitt. Das konnte nicht gut gehen. Nachdem 1995 die Subventionsprogramme ausliefen, brach der Boom in der Bauwirtschaft zusammen, und wir haben heute noch mit den Strukturproblemen und ihren Folgen zu tun. Heute hat die Zahl der Bauarbeiter in Schleswig-Holstein wieder den Stand von 1990 erreicht, also den Stand von vor zwölf Jahren.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Weniger!)

Gleichzeitig haben wir immer noch erhebliche Überkapazitäten in Mecklenburg-Vorpommern, sodass die Strukturprobleme noch nicht behoben sind. Das muss man feststellen. Das ist aber kein Problem der Landesregierung, sondern ein Problem von falscher Förderpolitik des Bundes nach der deutschen Einheit über Jahre, die jetzt nach und nach korrigiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Bereich, mit dem wir es zu tun haben, ist ein Bereich, der uns sehr schmerzt, das ist der **IT-Sektor**. Schleswig-Holstein hat es gewagt, als relativ strukturschwaches Land einen modernen Wirtschaftszweig, nämlich die Informationstechnologie, zum Schwerpunkt zu machen und hat in diesem Bereich erfolgreich eine ganze Reihe Betriebsansiedlungen akquirieren können und hat Betriebe dazu gebracht, hier in Schleswig-Holstein neue Felder aufzubauen. Ich erinnere nur an Motorola, an MobilCom aber auch an viele Tausend kleine Softwarebetriebe, die sich in den letzten zehn Jahren in Schleswig-Holstein angesiedelt haben. Dieser Erfolg ist ausgesprochen begrüßenswert. Wenn man ehrlich ist, hat die Opposition auch nie etwas dagegen gehabt, sondern hat diesen Erfolg immer außerordentlich begrüßt.

Jetzt haben wir in der IT-Technologie - leider - eine weltweite Krise. Das ist kein Problem allein von Schleswig-Holstein. Wir sind, gerade weil wir diesen modernen Sektor besonders besetzt haben, von dieser Krise überproportional betroffen. Das trifft uns. Das heißt aber nicht, dass es falsch war, auf den IT-Sektor zu setzen. Ich möchte von Ihnen hören: Die Konzen-

**(Karl-Martin Hentschel)**

tration auf dem IT-Sektor in den letzten zehn Jahren war ein Fehler der Wirtschaftspolitik des Ministers. - Das hat sich keiner von Ihnen hier getraut. Im Gegenteil, wenn Sie ehrlich sind, sagen Sie: Es war eine zukunftsweisende Politik. Ich bin auch sicher, dass sich nach Überwindung der augenblicklichen Konjunkturlaute in diesem Bereich die Investitionen bezahlt machen werden und dass Schleswig-Holstein große Vorteile davon haben wird.

(Beifall bei SPD und SSW - Widerspruch bei der CDU)

Wenn das so ist, dann können Sie heute aber nicht kommen und diese Krise der Landesregierung anlasten, sondern müssen sagen: Es gibt Konjunkturschwankungen und wir müssen uns überlegen, wie wir darauf optimal reagieren. Wir dürfen uns aber nicht als diejenigen hinstellen, die alles besser wissen und alles besser gewusst haben.

(Zuruf von der CDU: Das wurde doch vorhergesagt!)

Meine Damen und Herren, wir haben einen weiteren Wirtschaftssektor in Schleswig-Holstein - da gucke ich insbesondere auf die kleinere Oppositionspartei -, der nicht in der Krise ist, der boomt, der wesentlich zum Wachstum der letzten Jahre beigetragen hat, ohne den wir viel schlechter dastünden und der auch wesentlich zum wachsenden Export beigetragen hat, nämlich die Windkraftindustrie.

(Beifall bei SPD und SSW)

Dieser Sektor hat einerseits in der Erzeugung von Strom im ländlichen Raum, aber auch in der Erzeugung von Arbeitsplätzen und beim Export von Anlagen zu erheblichem Wachstum geführt. Dies ist aber nicht darauf zurückzuführen, dass sich die schlaue Opposition dafür eingesetzt hätte. Dieser Sektor hat den Erfolg erzielt, obwohl die FDP alle Anstrengungen unternommen hat, diesen Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein kaputt zu machen,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und ununterbrochen Forderungen aufgestellt hat, diesen Wirtschaftszweig zu behindern.

(Zurufe)

Das ist zukunftsweisende Wirtschaftspolitik, wie Sie uns hier prophezeien, es besser machen zu wollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mein Gott! Sie waren doch gerade in China!)

Ich glaube auch, dass der erfolgreiche Börsengang in einer Situation wie in diesem Jahr sicherlich kein Pappentstiel ist. Dass die Repower Windfirma im letzten

Jahr einen erfolgreichen Börsengang gemacht hat, dass eine Firma wie Famatic Biotech Energie Weltmarktführer im Biotechbereich ist - aus Nortorf - 2001 erfolgreich an die Börse gegangen, dazu gratuliere ich. Das zeigt, dass Schleswig-Holstein auf dem Sektor regenerative Energien etwas vorzuweisen hat und dass der Weg, den wir in diesem Sektor eingeschlagen haben, erfolgreich ist und fortgesetzt werden muss.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, gucken wir uns an, was Wirtschaftspolitik tatsächlich bedeutet. Das sind keine Sprechblasen, die hier losgelassen werden. Ich weiß, die CDU hat zu dem Cluster-Konzept des Ministers nichts zu sagen. Sie kommt mit Allgemeinplätzen und sagt: Wir wollen mehr Lehrer, wir wollen mehr Investitionen, wir wollen weniger Schulden; dann geht es dem Land besser. - Nur, wie man weniger Schulden kriegt, wenn man gleichzeitig mehr Lehrer und mehr Investitionen haben will, und wie man das Ganze auch noch bezahlen soll - und das in einer Situation, in der die Steuereinnahmen einbrechen -, das verraten Sie uns leider nicht, Herr Kayenburg.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Doch, weniger Grüne!)

Auch vonseiten der FDP habe ich nichts weiter gehört als Sprüche, keine Konzepte! Ihre Hauptforderung in Bezug auf die Wirtschaftspolitik Schleswig-Holsteins - man höre und staune - ist nicht etwa, dass Sie sagen, das Cluster-Konzept des Ministers müsse noch besser gestaltet werden, oder dass Sie ein anderes Konzept hätten, ein besseres Wirtschaftskonzept. Nein! Ihre Forderung ist: Rot-Grün muss weg. Dann geht es uns besser.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

So ein Konzept ist kein Konzept der wirtschaftspolitischen Kompetenz. Das ist ein Konzept der aufgeblästen Backen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Was wir auch nicht wollen, ist Speziwirtschaft, wie wir sie in den letzten Jahren in Bayern erlebt haben - Abzockerei nach Strich und Faden mithilfe der Bundesregierung bei den Förderprogrammen der Europäischen Union und der Gemeinschaftsaufgaben, und zwar in Regionen, die relativ wenige Arbeitslose haben, Förderprogramm noch und nöcher akquiriert und mit staatlichen Subventionen und staatlichen Kreditprogrammen Firmen gefördert - ich erinnere nur an die 2 Milliarden beim Kirch-Konzern -, staatliche Bürg-

**(Karl-Martin Hentschel)**

schaften verabreicht. Eine solche Speziwirtschaft wollen wir nicht!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Schleswig-Holstein hat eine kleinstrukturierte Wirtschaft. Wenn Sie über die Probleme mit dem Mitbestimmungsgesetz reden, Frau Aschmoneit-Lücke, dann müssen Sie auch dazu sagen: 99 % der Betriebe von Schleswig-Holstein sind davon überhaupt nicht betroffen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir haben überwiegend Kleinbetriebe. Diese Betriebe haben ganz andere Probleme als die von Ihnen beschriebenen.

Es ist doch interessant, dass Ihre Analyse im Wesentlichen auf die Bundespolitik abhebt und dass Sie zur schleswig-holsteinischen Wirtschaftspolitik praktisch nichts gesagt haben. Sie haben zur Politik des Ministers praktisch nichts gesagt - außer, dass Sie ihn ablösen wollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben doch selbst gesagt, er kann gar nichts ausrichten!)

Ich glaube - und damit komme ich zum Schluss -, dass die Wirtschaftspolitik Schleswig-Holsteins, die Wirtschaftspolitik von Minister Rohwer, eine Politik ist, die sehr genau auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Betriebe ausgerichtet ist. Das sind 98 % der Unternehmen im Lande.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die von den Gutachtern vorgeschlagene Konzentration auf fünf **Kompetenzcluster** soll Akquisitionserfolge bringen. Wir sehen eine solche Clusterbildung in einem Land wie Schleswig-Holstein als sinnvoll an. Es geht bei den Wirtschaftsbranchen aber auch um regionale Verteilung. Wir werden daran arbeiten. Es gibt nichts - da bin ich durchaus Ihrer Meinung -, was nicht besser gemacht werden kann. Wirtschaftspolitik bedarf ständiger Optimierung. Sie sind gern eingeladen, dabei zu helfen. Wenn Sie nicht nur Ihre Backen abblasen, sondern zu konkreten Vorschlägen kommen, sind Sie dazu gern eingeladen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal möchte ich mich beim Wirtschaftsministerium dafür bedanken, dass wir einen solch umfangreichen Bericht erhalten haben.

(Beifall bei SSW und SPD)

Der Bericht - das möchte ich bei meiner Rede bedenken - zeigt die Vielschichtigkeit der Probleme, aber auch die Chancen der Wirtschaftspolitik des Landes.

Zu Anfang möchte ich auf die Grundvoraussetzung, die für eine gute wirtschaftliche Entwicklung notwendig ist und die durch das Land beeinflusst werden kann, eingehen: die Verkehrspolitik. Ohne eine vernünftige Anbindung an das **europäische Verkehrsnetz** können all die anderen Maßnahmen nur sehr begrenzt greifen.

Die Qualität der Verkehrspolitik hat aber auch etwas mit der richtigen Verteilung von Ressourcen zu tun beziehungsweise mit der richtigen Schwerpunktsetzung. Der größte verkehrspolitische Flop war sicherlich die Entscheidung für den Ausbau der Startbahn des **Flughafens Kiel-Holtenau** auf 1.799 m plus 300 m Overrun.

(Beifall beim SSW)

Diese Entscheidung führt dazu, dass riesige Finanzmittel gebunden werden, die anderen Projekten nicht zugute kommen können. Das an sich, Herr Kollege Garg, wäre, wenn es an notwendigen Projekten oder Ideen hierzu fehlen würde und das Holtenau-Projekt sinnvoll wäre, nicht so gravierend. Was aber noch schlimmer wiegt, ist die Tatsache, dass die derzeit von Kiel aus fliegende Fluggesellschaft Cimber Air mitgeteilt hat, dass für sie eine Startbahnverlängerung nicht notwendig sei, dass man mit den derzeit eingesetzten Flugzeugtypen auch weiterhin fliegen wolle. Begründet wird dies mit wirtschaftlichen Erwägungen, Herr Kollege. Wenn es sich für die hier derzeit fliegende Fluggesellschaft also nicht lohnt, die längere Bahn auszunutzen, für wen oder was dann?

Was sich auf jeden Fall feststellen lässt, ist, dass sich die Anbindung der hiesigen Geschäftswelt auch im bestehenden Rahmen ohne Schwierigkeiten sichern lässt. Die Flughafenentscheidung der rot-grünen Landesregierung ist damit eine krasse Fehlentscheidung.

Kommen wir nun zu den Schienenanbindungen. Hier kann man feststellen, dass die Landesregierung wirklich zukunftsorientiert handelt und möglich macht, was ermöglicht werden kann. Das sind zum einen die Verbesserungen der **Schieneinfrastruktur**, die dazu führen, dass wir dem integralen Taktfahrplan immer näher kommen. Das sind zum anderen aber auch die

(Lars Harms)

effizient eingesetzten **Regionalisierungsmittel**, mit deren Hilfe wir immer wieder Defizite, die uns die Deutsche Bahn AG beschert, ausgleichen können.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Der Geräuschpegel ist sehr hoch.

**Lars Harms [SSW]:**

Besonders wichtig ist für uns, dass unsere politische Forderung nach Trennung von **Netz und Betrieb** im Bahnbereich Wirklichkeit wird. Nur bei einem fairen Wettbewerb auf der Schiene erreichen wir die Effekte, die wir haben wollen. Hier sind wir mit der Landesregierung völlig einig.

Aus regionaler Sicht will ich aber noch zwei Dinge gesondert ansprechen. Die **Verkehrsverbindungen** über Flensburg nach **Norden** sind in den vergangenen Jahren immer schlechter geworden. Ein überregionaler Zug nach dem anderen wird gestrichen. Es muss das besondere Landesinteresse sein, die schienengebundenen Verkehre über Flensburg nach Norden zu erhalten und auszubauen.

In Ostdeutschland hat man den InterRegio-Verkehr zwischen Gera und Rostock länderübergreifend ausgeschrieben und so eine Strecke erhalten können, die anscheinend auch wirtschaftlich ein Erfolg zu werden scheint. Dieses Modell sollten wir uns einmal näher ansehen.

Die zweite regional wichtige **Bahnverbindung** ist die zwischen **Niebuß** und **Esbjerg**. Nachdem die dänische Seite ihre Verkehre ausgeschrieben und die britische Gesellschaft Arriva das Rennen gemacht hat, ist es wichtig, dass das kleine Stück zwischen Niebuß und Tondern ebenfalls befahren wird. Die Signale, die aus Dänemark und von der Landesregierung kommen, lassen hoffen, dass wir eine ganzjährige Verbindung hinbekommen könnten. Nach den erfolgreichen Anfängen der NVAG mit ihren Sommerverkehren könnten wir es nun wieder schaffen, zwei Regionen, die zusammengehören, miteinander zu verbinden. Das möchte ich ausdrücklich begrüßen.

Nach der Erfolgsstory im Bereich Schiene nun wieder zum Sorgenkind Straße. Aus Sicht des SSW hat sich die Landesregierung bisher zu sehr auf die Fehmarnbelt-Querung als wichtigstes Projekt konzentriert. Ich bin natürlich auch etwas ungeduldig, denn ich weiß, dass die **westliche Elbquerung** riesige Chancen für die Westküste und für den nördlichen Landesteil in sich birgt.

(Beifall beim SSW)

In der Vergangenheit haben wir unsere Planungen immer wieder verschieben müssen. Das hing sicherlich auch mit der Uneinigkeit zwischen den beteiligten Bundesländern zusammen. Von daher begrüßt der SSW ausdrücklich die am letzten Dienstag von der Landesregierung getroffene grundsätzliche Entscheidung für eine Elbquerung der A 20 bei **Glückstadt**. Jetzt geht es darum, die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen und das Projekt auch auf Bundesebene abzusichern. Hier muss die Landesregierung schnell handeln, damit endlich eine Perspektive hinsichtlich der Elbquerung sichtbar wird.

Das ist selbstverständlich auch eine Aufforderung meinerseits an diejenigen, die am 22. September von Schleswig-Holstein in den Bundestag entsandt werden wollen.

(Beifall beim SSW und Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Herr Kollege Jensen-Nissen, Sie wollen doch auch gewählt werden. Ich weiß schon, warum ich das sage. Das ist schon richtig.

Erst, wenn wir dieses Projekt in Sack und Tüten haben, können wir uns um so unsichere Projekte wie die Fehmarnbelt-Querung kümmern. Ich verhehle allerdings nicht, dass ich der Fehmarnbelt-Querung eher kritisch gegenüberstehe. In dem Zusammenhang möchte ich auf eine der in den letzten Jahren wichtigsten Branchen überleiten: die Windenergie.

Gerade an der Westküste hat die Produktion von **Windenergieanlagen** - darauf hat Kollege Hentschel schon hingewiesen - einen solchen Boom hervorgerufen, wie wir ihn in den letzten Jahrzehnten in keiner Branche erleben konnten.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sich diese Branche ihren Bedürfnissen entsprechend weiterentwickeln kann, könnte es notwendig werden, eine entsprechende **Seeanbindung** zu schaffen. Dies sage ich vor allem vor dem Hintergrund der Offshore-Windnutzung, aber auch möglicher Exportchancen, die sich bieten könnten.

In Husum haben sich inzwischen drei große Anbieter von Windenergieanlagen angesiedelt und maßgeblich dazu beigetragen, dass es rund um Husum wirtschaftlich bergauf geht. Allein in den letzten rund zehn Jahren wurden hier über 1.000 Arbeitsplätze durch die Windbranche geschaffen, für eine strukturschwache Region wie Nordfriesland eine enorme Entwicklung.

(Lars Harms)

Um die zukünftigen Offshore-Windenergieanlagen warten und bestücken zu können, wird es notwendig sein, einen **Versorgungshafen** an der **Westküste** zu etablieren. In Frage kommt Esbjerg, weil dort vieles schon vorhanden ist, sowie Husum aufgrund seiner Nähe zu den einzelnen Standorten und wegen der Betriebe, die schon in Husum ansässig sind. Brunsbüttel spielt hinsichtlich der Versorgungshäfen keine Rolle, da es standortfern liegt.

Wenn wir sowohl die Firmen als auch die Arbeitsplätze in und um **Husum** erhalten wollen, müssen wir auch die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür schaffen. Das heißt, das Land muss hier finanzielle Unterstützung leisten. Meiner Meinung nach ist dieses Projekt landespolitisch so wichtig, dass auch eine erhöhte Förderung aus dem Regionalprogramm gerechtfertigt wäre.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Zur **Bauwirtschaft** wird im Bericht erwähnt, dass der Wirtschaftsminister mit den Verbänden der Bauwirtschaft ein Fünfpunkteprogramm verabschiedet hat. Unter anderem wird dabei auf die Einhaltung der Tarifbestimmungen abgehoben. Dies unterstützen wir natürlich, wie wir schon bei der Beratung zum **Tariftreuegesetz** deutlich gemacht haben.

Interessant ist aber, dass im Fünfpunkteprogramm auch darauf hingewiesen wird, dass die **VOB** in der **Vergabepaxis** eingehalten werden soll. Im Umkehrschluss heißt dies: Sie wird derzeit nicht eingehalten bzw. die Möglichkeiten, die sie bietet, werden nicht ausgeschöpft. Genau hier ist genau der Haken. Es fehlt immer noch an der festen gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage, um beispielsweise in Ausschreibungen qualitative Anforderungen zu stellen. Bevor der ausschreibende öffentliche Auftraggeber das Risiko eingeht, vergaberechtlich angreifbar zu sein, verzichtet er lieber auf Qualität. Und genau das schadet den heimischen Baubetrieben, die diese Qualität durchaus bieten können.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

In unserem **Vergabegesetz** - nun bin ich wieder beim Thema -, das wir letztes Jahr eingebracht haben, wollen wir die gesetzliche Ermächtigungsgrundlage dafür schaffen, dass in Zukunft problemlos Qualität in Ausschreibungen eingefordert werden kann. Wenn wir das Vergabegesetz beschließen, können wir der Bauwirtschaft auch schnell helfen, zumindest einige Probleme aus dem Weg zu schaffen, und wir können eine der wichtigsten Forderungen aus dem Fünfpunkteprogramm umsetzen. Das ist etwas, was wir auf Landes-

ebene wirklich eigenständig regeln können und regeln sollten.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Eigentlich wollte ich nun noch auf einen Bereich eingehen, der den Weg aus der wirtschaftlichen Misere zeigen sollte. Immerhin liegen wir mit 0,2 % Wirtschaftswachstum ziemlich am Ende der westdeutschen Bundesländer und da kann Hoffnung ja nicht schaden. Ich habe deshalb - vor dem Hintergrund der in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin angekündigten **Wellness-Offensive** - die zwei Seiten zur Gesundheitswirtschaft aufgeschlagen, habe allerdings außer dem Logo der Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein und einem Schaubild über die Kernsektoren der Gesundheitswirtschaft nicht viel gefunden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich auch nicht!)

Ich denke, hier fehlt einiges. Die Landesregierung sagt, dass sie hier durchaus Perspektiven erarbeitet hat und die Nummer eins sei. Da stellt sich für mich die Frage: Warum stellt sie dies nicht dar?

Natürlich ist auch wichtig, was in den letzten Monaten geschehen ist - das zieht sich durch den gesamten Bericht -, aber noch wichtiger ist, was in den nächsten Monaten geschehen wird, um den erhofften Wirtschaftsaufschwung in die Wege zu leiten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nichts!)

Daher möchte ich vorschlagen, den Wirtschaftsbericht im allgemeinen Teil ein wenig abzukürzen, um näher auf die angekündigten zukunftssträchtigen Wirtschaftsbereiche und die entsprechenden Aktivitäten der Landesregierung einzugehen. Der nächste Wirtschaftsbericht sollte daher die Schwerpunkte Life Science, Neue Energien, IT und Elektronik, Lebensmittelverarbeitung und Biotechnologie sowie Gesundheitswirtschaft haben. Denn da gebe ich Frau Ministerpräsidentin Simonis Recht: Wichtig sind vor allen Dingen die Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Mir liegt noch eine Wortmeldung zu einem Kurzbeitrag vor. Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ritzek das Wort.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Harms, Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, dass es sich um einen umfangreichen Bericht handelt.



(Manfred Ritzek)

Ich ergänze: Der Bericht ist mangelhaft, unvollständig und falsch.

(Beifall bei der CDU)

In der Kürze der Zeit kann ich das nur an einigen Punkten beweisen, hätte aber ein Vielfaches davon nennen können.

Sie publizieren freudig einen positiven Saldo von **Betriebsgründungen** und Insolvenzen, und zwar mit etwa 2.779 Unternehmen. Es wäre hochinteressant, von Ihnen zu erfahren, welche Beschäftigtenzahlen sich dahinter verbergen. Wir haben heute gerade in der Zeitung gelesen, dass eine weitere Insolvenz 80 Arbeitslose nach sich zieht.

Für die Ernährungswirtschaft werden auf Seite 12 19.060 Beschäftigte genannt, auf Seite 14 aber nur 19.000. Das heißt: 60 sind entweder während des Schreibens des Berichts entlassen worden oder Sie haben unpräzise gearbeitet.

Auf Seite 10 gibt es einen Nettoeffekt bezüglich des Gründungsklimas von 9,969 Gründungen pro 1.000 Einwohnern. Auf Seite 31 sind es aber nur 9,969 Neugründungen pro 10.000 Einwohnern. Was ist denn nun die richtige Zahl? Das muss man sich wirklich fragen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU)

Auch die Zahl der Betriebsgründungen im Durchschnitt der ersten elf Monate - Dezember war nicht verfügbar - von 2,23 pro 1.000 Einwohnern kann nur falsch sein; denn wenn Sie das auf unsere Einwohner von 2,7 Millionen hochrechnen, dann kommen Sie auf über 6.000 Neugründungen. Sie sprechen in dem Bericht aber nur von 4.422.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

So könnte ich ein Vielfaches an großen Mängeln aufzählen. Deshalb die Frage: Welches Vertrauen soll man in diesen schriftlich niedergelegten Bericht haben? Auch Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben ihn durch Ihre Ausführungen nicht ein bisschen verbessert.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich verspreche Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass Sie im Jahre 2005 einen hoch qualifizierten Wirtschaftsbericht bekommen werden, wenn wir als CDU in diesem Land die Regierungsverantwortung übernommen haben werden.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Das ist in Ordnung!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt der Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herr Professor Rohwer.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Regierung hat noch drei Minuten. In der bisherigen Debatte ging es so viel durcheinander, dass ich glaube, dass doch einiges richtig gestellt werden muss.

(Lachen bei der CDU)

Ich glaube, dass wir das vor allem auch der Wirtschaft schuldig sind.

Herr Kayenburg, das, was Sie gesagt haben, kann man auch gegenüber unseren Unternehmen so nicht stehen lassen. Die Befragung durch die IHKs - wenn Sie sie genau nachgelesen haben -

(Martin Kayenburg [CDU]: Habe ich!)

ergibt, dass 85 % der befragten Unternehmen den Standort des IHK-Bezirks Kiel insgesamt als gut oder befriedigend beurteilen. Wie können Sie jetzt sagen, dass der Standort insgesamt noch mit gerade befriedigend beurteilt wird? Das ist völlig widersprüchlich, kann man also so nicht stehen lassen.

Sie sagen, die Landesregierung habe kein Konzept. Ich meine, ich bin es gewohnt, dass Sie unsere Konzepte nicht lesen. Ich glaube, ich muss unsere Konzepte nicht alle aufzählen: unser Bahnkonzept, unser Tourismuskonzept, unser Konzept für die Bauwirtschaft, unser Konzept für die Außenwirtschaft, unser Konzept für die Konversion, unser Konzept für die maritime Wirtschaft. Einiges davon liegt bei Ihnen in den Schränken, nur, Sie lesen das nicht.

Dann frage ich Sie einmal: Wo ist eigentlich die CDU wirtschaftspolitisch geblieben? - Sie sind abgetaucht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich habe seit zwei Jahren in den Debatten von Ihnen keine einzige Idee gehört. - Frau Aschmoneit-Lücke, dass Sie an dieser Stelle klatschen, finde ich nett; allerdings in Ihrer Rede habe ich, bezogen auf Schleswig-Holstein, neben allgemeinen Dingen auch nichts Besonderes gehört. Das würde mich auch einmal in-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

teressieren: Wo ist eigentlich Ihre Idee, Herr Garg, Frau Aschmoneit-Lücke?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich wollte einmal freundlich zu Ihnen sein!)

- Ja, das ist ja nett. Ich frage Sie das trotzdem - wir reden doch heute auch ein bisschen über Grundsätze -: Wo sind die neuen Ideen?

(Zuruf des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Was die Bundesebene angeht, haben wir ein paar Gemeinsamkeiten, die ich gleich ansprechen möchte.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da habe ich Recht, nicht?)

Herr Kayenburg, dann haben Sie noch das Gründerland Schleswig-Holstein mies gemacht. Herr Ritzek hat das eben mit dem Kleinkram ergänzt.

(Lachen bei der CDU)

Das werden wir im Wirtschaftsausschuss noch einmal genau diskutieren.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Tatsache ist - wenn Sie das nachschlagen, werden Sie das feststellen -, dass der Saldo der **Unternehmensanmeldungen** für Schleswig-Holstein eindeutig positiv ist, dass wir dabei auf Platz 3 liegen und dass dieser positive Saldo natürlich ein positives Ergebnis für den Gründerstandort ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Herr Garg, jetzt rede ich in Richtung von Herrn Ritzek. Über die Zahlen können wir noch reden.

(Lachen bei der CDU)

- Was gibt es da zu lachen? - Sie sollten sich vielleicht die Zahlen doch noch einmal angucken; sie sind auf den ersten Seiten des Berichts präzise und zutreffend dargestellt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: So weit lesen die in der Regel auch nur!)

Herr Kayenburg, ich glaube Sie oder die CDU haben noch ein anderes Problem: Sie sagen - ich habe Sie so verstanden; vielleicht habe ich Sie falsch verstanden -, weil die Politik das nicht befördert, versucht die Wirtschaft ein gutes Klima in Schleswig-Holstein zu schaffen. Wenn Sie diesen Satz einmal anders herum sehen, dann heißt das doch: Die Wirtschaft sieht die-

sen Standort ausgesprochen positiv oder jedenfalls wesentlich positiver als Sie.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das heißt, dass Sie die Wirtschaft allein gelassen haben!)

Vielleicht haben Sie ein anderes Problem. Sie sollten einmal wieder mehr mit der Wirtschaft reden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das tun, hören Sie andere Dinge als das, was Sie hier heute gesagt haben.

Es reicht auch nicht, sich dabei mit der Wirtschaft nur über Personalfragen zu unterhalten, sondern man muss dann auch über inhaltliche Fragen reden.

Wie sieht der Beitrag der CDU zum **Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein** aus? - Bei schwierigen Infrastrukturprojekten wie dem Flugplatz Kiel-Holtenau tauchen Sie ab, kommen nicht zu einer klaren Entscheidungsfindung. Bei konkreten Problemlagen wie dem Lohndumping für die Bauwirtschaft und dem Handwerk schauen Sie weg und wollen fairen Wettbewerb verhindern.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Was ist dabei Ihr konkreter Beitrag für die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein?

Frau Aschmoneit-Lücke, ich gebe Ihnen in einem Punkt ausdrücklich Recht: Wir haben ein Problem auf Bundesebene und das ist nicht allein ein Problem der Bundesregierung. Wir haben auch in den Fraktionen im Bundestag und natürlich auch in den Ländern ein Problem; wir haben insgesamt ein Problem, in Deutschland **mittelständischen Interessen** zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist richtig.

(Beifall bei SPD und FDP und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage Ihnen auch - so selbstkritisch bin ich auch -, allein die Beschlüsse in der Wirtschaftsministerkonferenz reichen nicht aus. Dort sind sich ja die A- und B-Länder häufig einig. Aber wir scheitern häufig an Gesprächen und das ist kein Problem dieser Bundesregierung. Das war ein Problem der früheren Bundesregierung. Wenn Sie ehrlich sind, ist das auch ein Problem, das in manchen Fraktionen begründet liegt, die im Bundestag sitzen. Meines Erachtens betrifft das alle Fraktionen.

**(Minister Dr. Bernd Rohwer)**

Ich sage: Lassen Sie uns darüber sprechen. Ich mache auch ein Angebot.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Ich habe in der Wirtschaftsministerkonferenz vorgeschlagen, dass zunächst die A-Länder, aber möglichst alle Länder, ein Fünf-Punkte-Paket mit konkreten vorrangigen Maßnahmen für den Mittelstand erarbeiten, und zwar gerade auch aus norddeutscher Sicht formuliert. Das ist das, was wir im Moment brauchen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie dem Mittelstand wirklich helfen wollen - dabei nutzen solche Debatten auch nichts -, dann bitte ich Sie, uns wenigstens an einer Stelle zu unterstützen. Wir versuchen in Schleswig-Holstein eine Politik der kurzen Wege zu machen, der direkten Ansprache des Wirtschaftsministeriums bei Problemen, der schnellen Förderung, der kompetenten Finanzierungsförderung, der Unterstützung bei Finanzierungsproblemen. Dabei spielt auch das eine Rolle, was wir im Rahmen von Basel II diskutiert haben.

Unterstützen Sie die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land, die nicht wollen, dass wir diesen Standort abwerten, sondern die selbst stolz darauf sind und sagen, wir sind ein guter Standort. - Siehe die Umfrage der IHKs. Unterstützen Sie und reden Sie hier nicht dagegen!

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD] und Bernd Schröder [SPD])

Und ich mache Ihnen auch das Angebot: Lassen Sie uns gemeinsam für bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand auf Bundesebene kämpfen. Das ist richtig. Hier - dabei nehme ich mich selbstkritisch nicht aus - waren wir gemeinsam nicht so gut, wie wir hätten sein können. Das zu ändern, wird die Aufgabe für die nächste Legislaturperiode sein. Das hat nichts mit der Frage zu tun, ob Rot-Grün, Rot-Gelb oder etwas anderes regiert. Das hat etwas damit zu tun, dass wir insgesamt im Bundestag mehr Lobby für den Mittelstand finden und mit einer Stimme sprechen. Ich glaube, wir sind alle gut beraten, daran weiter zu arbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 56 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

**Uwe Eichelberg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich heute nicht besonders viel sagen,

(Konrad Nabel [SPD]: Das wäre auch besser!)

weil Herr Kayenburg auf die Sache sehr umfassend eingegangen ist. Aber Martin Hentschel, du hast provoziert, und zwar in einer Art und Weise provoziert, die man nicht hinnehmen kann. Du bist lange genug im Landtag, um zu wissen, was wir in den letzten Jahren hier gesagt haben. Dann weißt du ganz genau, dass wir immer darauf hingewiesen haben, dass wir auch dafür sind, die **neuen Technologien** zu fördern, aber eben unter dem Aspekt, dass wir unsere traditionelle Industrie - ich habe immer gesagt, unsere Brot- und Butter-Industrie - im Auge behalten und trotzdem die Zukunft gestalten. Sie haben das aber einseitig in eine Richtung betrieben und wir haben schon letztes Jahr warnend gesagt, dass diese Einseitigkeit auch ein falscher Weg sein kann. Genau das ist eingetreten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wo sind denn heute die ISIONs, die Baslers und die micrologicas? - Die haben nicht nur nie Steuern gezahlt, die haben noch nie Gewinne gemacht und das Geld ist weg. Das kann zwar immer passieren, wenn man ein Risiko eingeht, aber diese Entwicklung bahnte sich schon an. Spätestens als wir in Boston waren, Herr Minister, hätte jeder wissen können, dass diese Blasen mit 4.000 % Verzinsung in drei Jahren in dieser Branche irgendwann einmal platzen würde. So müssen wir auch bei der **Biotechnologie** ganz vorsichtig sein und die Realitäten im Auge behalten.

Meine Damen und Herren, es liegt nicht daran, dass wir in den Wirtschaftsberichten zu wenig Visionen dargestellt bekämen, sondern es ist so, dass wir manchmal die Bodenhaftung vermissen. Aber man kann natürlich auch sagen, wer nie Visionen hat, kann auch nicht weitergehen. Wir haben immer gesagt, lasst uns einen vernünftigen Mittelweg gehen. Das wäre vernünftig und das ist auch vernünftig.

(Holger Astrup [SPD]: Was ist mit der Haltung der CDU zu Kiel-Holtenau? Die habe ich bis heute nicht gehört!)

- Wenn ihr etwas auf den Tisch legt, was nicht durchfinanziert ist, wie sollen wir dann zustimmen? Wir brauchen ein Gesamtkonzept!

(Beifall bei der CDU)

(Uwe Eichelberg)

Glaubt doch nicht, dass Herr Gansel etwas dazuzahlen kann. Das ist doch eine faule Pflaume.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir haben eine Meinung. Aber erst einmal muss ein vernünftiges Konzept auf dem Tisch liegen. Das liegt nicht auf dem Tisch.

(Holger Astrup [SPD]: Dann stimmt doch zu!)

- Du kannst dich zur Wort melden!

Das Hauptproblem im Land ist - das hat Frau Aschmoneit-Lücke deutlich gemacht -: In den letzten zehn Jahren rot-grüner Wirtschaftspolitik ist die Schere im **Wirtschaftswachstum** negativ zulasten Schleswig-Holsteins aufgegangen. Das Wachstum Schleswig-Holsteins ist 25 % geringer als in den anderen westlichen Bundesländern gewesen. Wir stehen also nicht in Blüte. Wir gehen immer weiter in den negativen Bereich. Das kann nicht die Zukunft sein, die wir in Schleswig-Holstein wollen.

Spätestens jetzt müssen wir erkennen, dass wir etwas falsch gemacht haben. Deshalb appellieren wir, genau und exakt zu sein. Das beste Beispiel ist Folgendes. Wenn man erkannt hat, dass Gesundheit und Wirtschaft ein wichtiger Zweig ist, aber so jämmerlich an diesen Bereich herangeht, wie wir herangegangen sind, nicht einmal eine Mark in die Hand nimmt und für eine vernünftige Werbekampagne ausgibt,

(Beifall bei CDU und FDP)

dann weiß doch keiner, was wir im Land vorhaben. Das müssen wir ganz anders anpacken.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Oppositionsführer das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Nun doch mal Holtenau! Mal sehen, ob Sie dazu etwas wissen!)

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Holtenau - um nicht wieder einen Zwischenruf zu bekommen - schauen Sie in unser Wahlprogramm zur letzten Landtagswahl!

(Holger Astrup [SPD]: Habe ich ja!)

Da werden Sie unsere Position finden.

Herr Minister, Sie haben richtig gehört, aber natürlich - wie immer - falsch interpretiert. Wir haben kritisiert,

dass Sie die Wirtschaft allein gelassen haben. Deswegen nimmt die Wirtschaft die Standortförderung selbst in die Hand. Von Ihnen kommt nichts. Das ist unser Problem.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie sich die Presseerklärung der Kammer zu der Umfrage anschauen, stellen Sie fest, dass dort steht:

„Bei den regionalen Rahmenbedingungen überwiegt die Anzahl negativer Antworten eindeutig die positiven Urteile.“

Ich weiß überhaupt nicht, wie Sie dazu kommen, daraus etwas Positives zu lesen.

Wenn Sie sich die Presseberichte der letzten Wochen und Monate anschauen, stellen Sie fest, dass man die Konjunkturflaute und die kritische Situation bei den Unternehmen allenthalben feststellen kann.

Ich will Ihnen auch noch vorhalten, was der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages zu dem Urteil „gerade einmal befriedigend“ gesagt hat. Er hat gesagt, dass das nicht ausreicht. Selbst Frankfurt/Main als regionaler Standortprimus ist kein Einserkandidat. Wenn es nicht gelingt, den **Standort Schleswig-Holstein** nach vorn zu bringen, werden wir von der Weltkonjunktur abgekoppelt. Hier ist Ihre Aufgabe zu sehen, nicht darin, zu versuchen, eine Regierungspolitik zu verteidigen, die ins Leere geht. Wie kommen wir eigentlich dazu, die Regierung zu unterstützen? Wir unterstützen die Wirtschaft hier im Land.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, dass die Wirtschaft floriert.

Wenn Sie das **Gutachten** der Kammer richtig gelesen hätten, hätten Sie festgestellt, dass **Kiel** schlecht beurteilt wird, was die kommunalen Steuern, die Abgaben, die Gebühren und die Leistungsfähigkeit der kommunalen Behörden angeht. Es wird lediglich gut beurteilt, was den Kontakt zu Kunden und Partnern angeht. Bei der Verkehrsinfrastruktur gab es die Note 4. Ich frage mich, wo Sie bei den durch die Regierung zu beeinflussenden Faktoren etwas Positives herauslesen wollen. Von der Regierung ist nichts passiert. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend zum **Technologietransfer**, auf den Sie sich so viel einbilden! Da hat Kiel immerhin noch die Note befriedigend. Für Lübeck ist eine fünf festzustellen. Wenn das mangelhaft ist, frage ich mich: Was haben Sie eigentlich dazu getan, diesen Technologietransfer überhaupt zu befördern?

**(Martin Kayenburg)**

Zu dem Vorwurf, wir seien wirtschaftspolitisch abgetaucht! - Sie sind doch an der Regierung. Sie machen doch hier im Land Wirtschaftspolitik. Wenn wir konstruktive Vorschläge gemacht haben, sind sie von Ihnen abgelehnt worden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich erinnere an die Debatte von vorgestern, an Basel II. Wer hat diese Offensive abgeschmettert? - Doch die Regierungskoalition. Wer hat denn damals den Antrag auf den sechsstreifigen Ausbau der A 7 abgeschmettert, um jetzt endlich von Ihnen übernommen zu werden? - Die Regierungskoalition! Alle Offensiven, die von uns gemacht worden sind, sind zunächst einmal abgelehnt worden. Und dann stellen Sie sich hier hin und sagen, von uns kämen keine Konzepte. Das halte ich, gelinde gesagt, für eine Frechheit.

(Beifall bei CDU und FDP - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Schluss.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Ich komme zum Schluss. Aber es kann einen wirklich aufregen.

Ich halte es für genauso unglaublich, wieder Vorwürfe in Richtung der Wirtschaft zu machen. Sie haben doch hier im Land die **Investitionsquote** heruntergefahren.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind diejenigen, die dem Handwerk keine Aufträge geben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie mit der Wirtschaftspolitik nicht auf die Füße kommen, werden Sie spätestens 2005 die Quittung vom Wähler bekommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Ich schlage vor, zur abschließenden Beratung. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, inzwischen ist recherchiert worden, woran die Geruchsbelästigung lag. Es ist ein Lüftungsrohr im Schleswig-Holstein-Saal nicht geschlossen gewesen. Jetzt ist es geschlossen. Ich weiß

aber nicht, ob die Situation besser ist. Ich schlage vor, die Sitzung für fünf Minuten zu unterbrechen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich darauf zu einigen, wie wir weiter verfahren wollen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zurufe: Weitermachen!)

- Ich bitte um Vorschläge seitens der Fraktionen.

(Zurufe: Weitermachen!)

- Ich möchte eine klare Aussage der Fraktionen. Ich allein kann es nicht entscheiden. - Herr Abgeordneter Dr. Garg und dann Herr Abgeordneter Astrup.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Für die FDP-Fraktion beantrage ich, die Sitzung ununterbrochen weiterzuführen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Frau Präsidentin, wir sind dicke Luft gewohnt!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Astrup.

**Holger Astrup [SPD]:**

Frau Präsidentin! Ich teile die Auffassung des Kollegen Garg, zumal es auf unserer Seite nicht so stark riecht.

(Heiterkeit - Martin Kayenburg [CDU]: Wer an der Tür sitzt, ist auch schneller draußen!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Dann tagen wir weiter.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

**Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung**

Landtagsbeschluss vom 23. Januar 2002  
Drucksache 15/1505

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1802

Das Wort erteile ich dem Minister für Umwelt, Natur, und Forsten, Herrn Müller.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie sich beim Rausgehen nicht stören. - Der vorliegende Bericht zur Entwicklungszusammenarbeit und interkulturellen Verständigung macht deutlich, dass beide Bereiche unabdingbar mit-

(Minister Klaus Müller)

einander verknüpft sind. Er zeigt, dass diese Bereiche in einem globalen, zukunftsfähigen Gefüge einen hohen Stellenwert haben, und er zeigt, welches breites Spektrum unterschiedlicher entwicklungspolitischer und interkultureller Aktivitäten die verschiedenen Einrichtungen des Landes umsetzen. Deutlich wird auch: Die **Eine-Welt-Politik** ist Querschnittsaufgabe aller Ressorts. Dabei stützt sich die Landesregierung auf die Kompetenz und das Engagement vieler ehrenamtlich Tätiger in Vereinen, Verbänden und auf die fachliche Kompetenz vieler Institutionen einschließlich der Kirche.

Der vorliegende Bericht ist bedeutsam vor dem Hintergrund aktueller politischer Ereignisse. Zum einen nenne ich den bevorstehenden Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Er hat einen entwicklungspolitischen Schwerpunkt und weist nach Rio 1992 erneut auf die notwendige Verknüpfung von Umwelt- und Entwicklungsinteressen hin. Zum anderen nenne ich die nicht endenden Terroranschläge, für die der 11. September letzten Jahres exemplarisch steht und deren Spuren teilweise bis nach Deutschland zurückzuverfolgen sind.

Nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung hört nicht an unseren Landesgrenzen auf. Wir müssen immer auch Lebenssituationen und Aspekte der Menschen in den **Entwicklungsländern** einbeziehen. Ein Beitrag zur Entwicklung der Länder des Südens ist ein Beitrag zum Frieden.

In einer immer näher zusammenrückenden Welt trägt auch das Land Schleswig-Holstein entwicklungspolitische Verantwortung. Insofern betont der Bereich die Bedeutung regionaler Eine-Welt-Politik als Friedensbeitrag und als Beitrag zur Vermittlung interkultureller Kompetenz.

Wer meint, die Bundesregierung allein habe die entwicklungspolitische Zuständigkeit, möge sich vergegenwärtigen, dass schon vor der **Konferenz** der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 die Länder ihre Verpflichtung gesehen haben, einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit zu leisten.

Die Ministerpräsidentin und die Ministerpräsidenten der Länder haben sich seit 1988 und zuletzt in einem Beschluss vom 9. Juli 1998 zu ihrer Verantwortung für Entwicklungszusammenarbeit im Ausland und für entwicklungspolitische Zusammenarbeit im Inland bekannt. Das Umweltministerium ist dabei, **Konzepte** für eine moderne Eine-Welt-Politik zu entwickeln. Dabei müssen wir von den sehr begrenzten Ressourcen, die wir haben, ausgehen. Die entwicklungspolitischen und interkulturellen Aktivitäten in unserem Land

fügen sich in die Schwerpunkte der Bundesregierung ein.

Ich nenne in diesem Zusammenhang erstens die nationale Nachhaltigkeitsstrategie und unsere Landesnachhaltigkeitsstrategie. In den Zukunftsfeldern der **Nachhaltigkeitsstrategie** hat das Thema „Eine Welt“ die Chance, Querschnittsthema zu sein, da die Zielsetzungen der Eine-Welt-Politik eng mit dem Nachhaltigkeitsgedanken verknüpft sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne zweitens die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Ich verweise auf den Beschluss des Deutschen Bundestages „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vom Juni 2000. Darin werden **Umweltbildung** und **entwicklungspolitische Bildung** als die beiden Hauptsäulen für die Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung genannt.

Der Schwerpunkt unserer Eine-Welt-Politik soll auf entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Schleswig-Holstein liegen und weniger auf ambitionierten Unterstützungsprojekten in Entwicklungsländern. Diese Bildungsarbeit soll und muss jedoch durchaus in Verbindung mit den **Selbsthilfeprojekten** im Süden stehen, um nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Das Zukunftsfeld „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der Landesnachhaltigkeitsstrategie verbindet die traditionellen Felder der Umweltbildung mit globalem Lernen unter Einbeziehung der Friedens- und Menschenrechtserziehung und mit interkulturellem Lernen.

Ich nenne drittens das nationale **Armutsbekämpfungsprogramm** zur Halbierung der Armut bis 2015, zu dessen Umsetzung die Länder mit ihren Aktivitäten und Projekten beitragen. An dieser Stelle verweise ich exemplarisch auf das Handlungsfeld der Bundesregierung „Faure Handlungschancen für die Entwicklungsländer schaffen“ und auf unser Modellprojekt „Fair kauft sich besser“. Der **faire Handel** zeigt Schnittstellen und Verknüpfung von Umwelt und Entwicklung auf. Er hat über die Landesgrenzen hinaus Beachtung und Nachahmung gefunden. In vielen Bereichen, unter anderem in der Wirtschaft, gibt es weitere Möglichkeiten, Entwicklungszusammenarbeit und eine Weltpolitik in die Handlungsfelder der Landesregierung zu integrieren. Wir bemühen uns, diese Möglichkeiten wahrzunehmen und zu realisieren.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Verweis auf die letzte Sitzung machen, wo wir ambitioniert und kontrovers über die Zukunft von BingoLotto diskutiert haben. Es waren interessante Momente, als die FDP einmal ihr wahres Gesicht gezeigt hat. Ich bin ge-

**(Minister Klaus Müller)**

spannt, ob das auch in dieser Debatte wieder durchscheint.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich möchte gern auf der Tribüne unsere nächste Besuchergruppen begrüßen: Besucher des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums Neumünster und der Strakerjah-Förderschule Lübeck.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Todsens-Reese.

**Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Entwicklungspolitik steht angesichts des rasanten **Globalisierungsprozesses** mit seinen zum Teil unüberschaubaren Folgen vor wachsenden Herausforderungen und Problemen. Die Einkommensschere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern öffnet sich - allen Erkenntnissen zum Trotz - immer weiter. Die **Ungleichverteilung** von Eigentum, Einkommen und Lebenschancen innerhalb der Entwicklungs- und Schwellenländer spitzt sich mit der Globalisierung weiter zu. Die **sozialen Gegensätze** und Spannungen führen zu immer radikaleren Auseinandersetzungen und politischer Destabilisierung. Hier findet auch der Terrorismus seinen Nährboden. Immer mehr Kriege und Bürgerkriege machen die jahrzehntelange Aufbauarbeit zunichte. Die **Umweltbelastung** und -zerstörung hat zum Teil flächendeckende, nicht mehr verantwortbare und selbstzerstörerische Ausmaße angenommen. Insbesondere die Tropenwälder als Zentren der globalen Biodiversität sind nach wie vor vielerorts akut bedroht. Nach den demographischen Prognosen kann die Zahl der Menschen in den Entwicklungsländern allein in den kommenden zwei Jahrzehnten um etwa 2 Milliarden zunehmen.

Mit diesen wenigen Stichworten will ich verdeutlichen, dass Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung zu den zentralen **querschnittsorientierten Aufgabenfeldern** gehören. Ich glaube, dass wir insofern in unserer Meinung weitgehend übereinstimmen.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage aber genauso deutlich - vielleicht hört an dieser Stelle die Gemeinsamkeit auf -: Entwicklungspolitik ist zuallererst, Herr Minister, eine nationale und eine internationale Aufgabe.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie haben es überhaupt nicht verstanden!)

- Zuallererst, lieber Kollege Konrad Nabel. Damit liegt die Entwicklungspolitik in der Verantwortung der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite des Hauses, also etwas Sinnvolles für die Entwicklungspolitik tun wollen, dann fordern Sie Ihre rot-grünen Freunde in Berlin auf, dafür zu sorgen, dass die Bundesregierung unter anderem die von den Industrieländern bereits 1992 **in Rio** eingegangene Verpflichtung erfüllt, jeweils Finanzmittel in Höhe von 0,7 % des **Bruttosozialproduktes** der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

In der rot-grünen Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene vom Oktober 1998 heißt es noch vollmundig:

„Um dem international vereinbarten 0,7 %-Ziel näher zu kommen, wird die Koalition den Abwärtstrend des Entwicklungshaushaltes umkehren ...“

Doch was ist daraus geworden? Statt zu einer Konsolidierung, geschweige denn zu einer Erhöhung, ist es durch Rot-Grün zu einer Kürzung des deutschen Entwicklungshaushalts seit 1999 um circa 7 % gekommen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Hört! Hört!)

Der Anteil des Haushaltes des **Bundesentwicklungsministeriums** am deutschen Bruttosozialprodukt wurde damit auf einen Tiefpunkt von 0,23 % zurückgeführt. Damit ist Deutschland mehr denn je von dem Ziel der 0,7 % entfernt.

(Beifall bei der FDP)

Heute können Sie es in den Zeitungen nachlesen: Nach dem Ziel, das jetzt von der Bundesregierung ausgegeben worden ist, soll bis 2006 ein Anteil von immerhin 0,33 % erreicht werden. Wir waren aber 1990 schon einmal bei 0,4 %. Das ist ein Armutszeugnis für rot-grüne Entwicklungspolitik.

Der Limburger Bischof Kamphaus hat es gegenüber Bundeskanzler Schröder klar formuliert:

„Heute müssen wir feststellen, dass der wirtschaftliche Riese Deutschland mit seinen Ausgaben für Entwicklungshilfe, bezogen auf das Bruttosozialprodukt in Europa, weit am Ende steht.“

(Beifall bei CDU und FDP)

**(Herlich Marie Todsens-Reese)**

Vor diesem Hintergrund kann ich verstehen, dass Sie von Rot-Grün heute mit diesem Bericht versuchen, bei Ihren Wählerinnen und Wählern noch zu retten, was zu retten ist. Der vorgelegte Bericht ist eine interessante Zusammenstellung und macht deutlich, welche vielfältigen entwicklungspolitischen Initiativen es in Schleswig-Holstein gibt. Dafür möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich danken. Diese Initiativen werden aber zum Beispiel von der Kirche, von dem Bündnis entwicklungspolitischer Initiativen, von Kommunen, von Schulen und von Wirtschaftsunternehmen getragen. Ihnen gehören der eigentliche Respekt und die Anerkennung; sie widmen sich seit Jahrzehnten dieser Aufgabe. Deshalb sollte sich die Regierung durch diesen Bericht nicht mit fremden Federn schmücken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch wenn die Aufgabe in erster Linie zur Bundespolitik gehört, teile ich im Sinne ganzheitlichen Denkens die Auffassung, dass auch wir in den Bundesländern dafür eine Verantwortung haben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber Sie von der Regierung und Sie von Rot-Grün sollten nicht mit einer Überbetonung dieses Themas von den eigentlichen Landesaufgaben und der eigentlichen Verantwortung ablenken. Frau Ministerpräsidentin, auch wenn ich Ihr Engagement für internationale Hilfsorganisationen für Frauen und Kinder schätze, drängt sich mir, wenn ich auf Seite 15 des vorgelegten Berichts lese: „Die Ministerpräsidentin wirkt mit an der Verbesserung des Weltgesundheitswesens.“, spontan die Frage auf: Wäre es nicht wirkungsvoller, wenn Sie alle Ihre Kräfte zunächst mit Priorität auf die Gesundung unseres Landeshaushaltes lenken würden?

(Beifall bei CDU und FDP - Lachen bei der SPD)

Dann könnten wir vielleicht eines Tages die vielfältigen entwicklungspolitischen Initiativen sinnvoller und weniger nach dem Gießkannen- und dem Klientelprinzip unterstützen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:**

Ich komme zum Schluss.

Wissend um die schwierige Gratwanderung zwischen Verantwortung und Wünschen und dem, was machbar ist, sage ich ganz deutlich: Wenn wir mit unserem Landeshaushalt in Schleswig-Holstein kein Geld für

unsere Pflichtaufgaben haben - ich denke an zusätzliche Stellen bei der Polizei und in den Schulen -, dann müssen wir überlegen, wie das wenige Geld eingesetzt werden kann und was wir uns als Kür noch leisten können. Ich denke, darüber sollten wir im Ausschuss intensiv miteinander debattieren und ringen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Redmann das Wort.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Todsens-Reese, ich gehe gleich noch auf Ihren Redebeitrag ein. Lassen Sie mich zunächst der Landesregierung für den vorliegenden Bericht zur Entwicklungszusammenarbeit und interkulturellen Verständigung danken. Der Bericht bietet einen guten und detaillierten Überblick über die zahlreichen Initiativen im Land Schleswig-Holstein. Da ich Landtagsabgeordnete und nicht Bundestagsabgeordnete bin, werde ich mich auch darauf beziehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Minister Müller hat dies in seinem Vortrag landesweit deutlich dargestellt. Frau Todsens-Reese, es steht außer Frage, dass die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung an Bedeutung gewinnen werden und müssen.

(Frauke Tengler [CDU]: Das hat sie auch gesagt!)

Die Rahmenumstände sind maßgeblich durch eine fortschreitende wirtschaftliche **Globalisierung** geprägt. In diesem Prozess gibt es derzeit wenige Gewinner und sehr viele Verlierer. Ich denke, wir sind gut beraten, die wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung politisch intensiver zu begleiten und zu steuern als bisher.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

- Frau Todsens-Reese, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört und bitte auch Sie darum. Dies sollte regional und vor allem rechtzeitig geschehen. Entwicklungspolitische und interkulturelle Aktivitäten sind Bausteine einer verantwortungsbewussten Politik. Verantwortungsbewusste Politik ist immer auch zukunftsgerichtete Politik. Die derzeitigen Verlierer der Globalisierung sind die **Entwicklungsländer**, da auf deren Rücken der Wohlstand der „reichen Länder“ ausgebaut wird. Die Folgen: Über drei Milliarden Menschen, also mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, leben



(Sandra Redmann)

heute von weniger als 2 US \$ am Tag. Viele Länder sind nicht zuletzt wegen ihrer extrem ungleichen Einkommensverteilung noch weit von politischer Stabilität und Demokratie entfernt. Die Früchte der Globalisierung gerechter zu verteilen, ist sicherlich ein Gebot von Moral und Menschlichkeit. Wir sind in allen Bereichen aufgefordert, politisch zu reagieren. Frau Todsens-Reese, ich habe sehr bedauert, was Sie eben gesagt haben. Das heißt national, regional und auch lokal.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Bericht stellt deutlich und eindrucksvoll dar, dass sich die Landesregierung dieser Verantwortung bewusst ist. In eigener Initiative und durch Kooperation und Unterstützung von Vereinen und Verbänden leistet sie ihren Beitrag, wie es eben vom Umweltminister dargestellt wurde. Ich erwähne noch einmal die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, in der die **Eine-Welt-Politik** ein Bestandteil sein wird, und zwar integriert in die Bildung für nachhaltige Entwicklung, die die **Umweltbildung** mit globalem und interkulturellem Lernen verbindet. Ich zitiere aus dem Bericht:

„Gemäß der Agenda 21 ist Bildung eine unerlässliche Voraussetzung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Verbesserung der Fähigkeit der Menschen, sich mit den Umwelt- und Entwicklungsfragen auseinander zu setzen.“

Gerade in Zeiten, in denen Umwelt- und Entwicklungsfragen nicht die größte öffentliche Aufmerksamkeit genießen, dürfen wir als Landespolitiker in unseren Bemühungen nicht nachlassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Die SPD-Fraktion hat durchgesetzt, dass durch BingoLotto nicht nur Umweltprojekte, sondern auch Entwicklungsprojekte gefördert werden können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ebenso haben wir uns für die eindeutigere Abstimmung in den Bereichen **Agenda 21** und Entwicklung in der zuständigen Richtlinie ausgesprochen. Kampagnen wie „Fair kauft sich besser“, Aktionen wie „faire Schultüten“ oder auch Partnerschaften mit Schulen in Entwicklungsländern sind nur einige Beispiele von Initiativen in unserem Land, die große Unterstützung verdienen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dank gilt den vielen ehrenamtlich Tätigen, den Verbänden und Vereinen und den Schulen, die nicht müde werden, dieses Thema voranzubringen. Sie engagieren sich mit viel Einsatz und Kreativität. Ich stelle zum Schluss fest: Die **Landesnachhaltigkeitsstrategie** ist mit ihren auch hier erwähnten Schwerpunkten Querschnittsaufgabe. Sonst macht sie keinen Sinn. Ich betone das ausdrücklich. Sie betrifft alle Ministerien und ist nicht, wie manches Mal irrtümlich angenommen, lediglich nur in der Verantwortung des Umweltministeriums anzusiedeln. Es darf sich jeder angesprochen fühlen, der dies möchte. Die SPD-Fraktion wird diese Prozesse konstruktiv und kritisch begleiten. Wir beantragen die Überweisung des Berichtes an den Umwelt- und den Bildungsausschuss, wobei die Federführung beim Umweltausschuss liegen sollte.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Dr. Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die **Entwicklungszusammenarbeit** hat für die FDP einen festen Platz im Aufgabenkanon der Bundespolitik. Walter Scheel, der erste deutsche Minister für Entwicklungszusammenarbeit, definierte als Ziel seines Ministeriums: Es gilt die gemeinsame Zukunft aller Menschen zu sichern. - Dem fühlen wir uns als Liberale weiterhin verpflichtet.

(Beifall der Abgeordneten Joachim Behm [FDP] und Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Zuständig für diese Aufgabe ist die Bundesregierung. 2001 hat Deutschland 0,27 % des **Bruttoinlandsprodukts** für diese Aufgabe ausgegeben. 1990 waren es 0,4 %. Kollegin Todsens-Reese hat es gesagt. Zum Vergleich: Dänemark hat 1,1 % aufgewendet. Die erkennbar bestehenden Defizite im Handeln der Bundesregierung kann Schleswig-Holstein nicht auffangen. Der Bericht stellt das Wirken der Landesregierung dar. Die Darstellung ist notwendigerweise unvollständig, da Informationen zur Förderung von Projekten durch das BingoLotto fehlen. Dadurch entsteht ein falsches Bild, denn fast zwei Drittel der Mittel, die in Schleswig-Holstein unter der Überschrift Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden, stammen aus den Erträgen von BingoLotto. Frau Redmann hat dies angesprochen. Insgesamt bestätigt der Bericht aber den Eindruck, dass die Landesregierung eher die ureigensten Aufgaben des Landes vernachlässigt, als

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

die Ausgaben für rot-grüne Spielwiesen einzuschränken.

(Beifall der Abgeordneten Herlich Marie Todsén-Reese [CDU])

Frau Kollegin Redmann, ich bedauere es ein wenig, dass Sie den Bericht nicht mit ein bisschen mehr Kritikfähigkeit gelesen haben. Darin gibt es einiges, was auch aus sozialdemokratischer Sicht kritikwürdig wäre.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Umweltminister hat in der letzten Plenartagung dargelegt:

„Entwicklungszusammenarbeit bedeutet, das Verständnis, das Bewusstsein in den industrialisierten Ländern Europas, in Deutschland und in Schleswig-Holstein zu verändern.“

Also Bewusstseinsbildung, statt die Zukunft der Menschen in der einen Welt zu sichern. Das ist für uns keine Entwicklungspolitik. Wenn es um die Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein geht, beschwört Rainer Steenblock das globale Denken. Bei der Entwicklungszusammenarbeit, unter der die Bundesregierung die Armutsminderung und die Bekämpfung von Aids versteht, will der Umweltminister des Landes Bewusstseinsbildung in Schleswig-Holstein betreiben. Verkehrte Welt, kann ich dazu nur sagen.

(Beifall bei FDP und CDU- Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Warum wohl? Frau Kollegin Fröhlich, das will ich Ihnen gern erklären. Man muss sich nur einmal die **Förderung** angucken: Im Jahr 2000 wurden zwölf Inlandsprojekte mit einem Volumen von 311.000 DM gefördert und acht Auslandsprojekte in Höhe von 89.000 DM. Im gleichen Zeitraum wurden aus den Erträgen von BingoLotto weitere 400.000 DM unter der Überschrift Entwicklungszusammenarbeit für Projekte in Schleswig-Holstein bewilligt und 265.000 DM für Projekte in den Entwicklungsländern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ich weiß nicht, warum Sie hier klatschen. Zu den **Inlandsprojekten** gehören Eine-Welt-Läden, ein Agenda-Café, betrieben von der Heinrich-Böll-Stiftung, die Verteilerinneninitiative für fair gehandelte Bananen oder aufwendige Zeitungen, die niemand liest. Diese Projekte tragen eine grüne Handschrift und ohne Staatskohle läuft in diesem Sektor nichts. Das ist der Grund für die eigenwillige grüne

Definition von Entwicklungszusammenarbeit. Ich habe es in diesem Hause schon einmal gesagt: Es gehört nichts weiter dazu als grüne Klientelpolitik. Ich sage Ihnen deutlich: Das ist Etikettenschwindel. Niemand im Land versteht unter Entwicklungszusammenarbeit die Umsetzung der lokalen Agenda 21 in Husum oder Lübeck. Das fällt eher unter die Rubrik „eine Hand wäscht die andere“. In 2001 hat sich diese Tendenz verstärkt. In 2000 wurden unter der Federführung der Ministerpräsidentin 75 % der Mittel für Inlandsprojekte aufgewendet. 2001 waren es unter der Federführung des Umweltministers über 85 %. Es wird deutlich: Je schlechter die Wahlaussichten der Grünen, umso mehr muss die Klientel durch entsprechende Projektförderung bei der Stange gehalten werden.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Peinlich!)

Sie müssen sich ruhig einmal Wahrheiten anhören, das gehört zum Geschäft. Dieser rot-grüne Etikettenschwindel ist deshalb schlimm und ein Beitrag zur Politikverdrossenheit, weil die Gefahr besteht, dass die echten Initiativen im Land, die sich wirklich für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen und das Ziel verfolgen, die Zukunft aller Menschen zu sichern, mit diesen Projekten der Pseudozusammenarbeit in einen Topf geworfen werden.

(Konrad Nabel [SPD]: Von dem verstehen Sie überhaupt nichts!)

- Hören Sie doch einmal, was andere sagen! Nehmen Sie das doch einmal auf!

(Beifall bei FDP und CDU)

Es gibt gerade von Kirchengemeinden, von Schulen, von Kommunen gute Projekte, die im Bereich von Schulbildung in Afghanistan, Wasserversorgung in Kenia, Bau einer Krankenambulanz in Uganda eine wichtige Arbeit im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit leisten. Diese Projekte sind finanziell benachteiligt und - wie die Erklärung des Umweltministers beweist - politisch nicht gewollt. Ihre Förderung ist in erster Linie Aufgabe der Bundesregierung und nur in begrenztem Umfang kann das Land solche aus Schleswig-Holstein initiierten Projekte fördern. Wir als FDP stehen dazu. Aber wenn Entwicklungszusammenarbeit gewollt ist, dann muss hier der Schwerpunkt liegen und nicht bei Agenda 21-Projekten in Husum.

Es gibt einen Bereich - den möchte ich kurz ansprechen -, der auch nach Auffassung der FDP zu den wichtigen Aufgaben einer spezifisch schleswig-holsteinischen Entwicklungszusammenarbeit gehört, und das ist die Zusammenarbeit mit dem Kaliningrader Gebiet. Die Initiativen dazu begrüßen wir. Wir haben

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

im Haushalt selbst entsprechende Anträge gestellt. Wir sind der Auffassung, dass Schleswig-Holstein aufgrund seiner Kompetenz im Bereich der Ostseezusammenarbeit, aufgrund der Geschichte prädestiniert dafür ist, eine solche Zusammenarbeit aufzubauen und voranzutreiben.

(Beifall bei der FDP - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Ich komme zum Schluss.

Der Bericht der Landesregierung zeigt, dass das Umweltministerium die Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit noch stärker zur Klientelförderung missbraucht, als dies vorher die Ministerpräsidentin getan hat, und damit der Sache schadet. Die Wahrnehmung der Aufgaben durch die Staatskanzlei war eindeutig das kleinere Übel.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Reden schicken wir allen Projekten, die bisher gefördert worden sind!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem weltweit immer weiter voranschreitenden Sozialabbau sowie einer deutlich werdenden Entsolidarisierung und Individualisierung in unserer Gesellschaft setzen wir eine soziale Politik und eine Politik des „global Denken - lokal Handeln“ entgegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Thorsten Geißler [CDU])

Gleichzeitig wächst die Welt immer weiter zusammen. Dieser Prozess wird einerseits durch die fortschreitende Technik, andererseits aber auch durch die verschobenen und veränderten politischen Koordinaten in der Welt beeinflusst. Das Land Schleswig-Holstein trägt diesem Prozess als ein hoch entwickeltes Land und ein Land, das sich **Eine-Welt-Politik** und nachhaltige Entwicklung als gewichtige Aufgabe vorgenommen hat, Rechnung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Selbstbedienung ohne Ende!)

Frau Happach-Kasan, Entwicklungszusammenarbeit beginnt vor der Haustür. Nur wenn wir die Auswüchse unseres industrialisierten Handelns für die Entwicklungsländer und Schwellenländer wirklich begreifen und dem die Konsequenz einer solidarischen und nachhaltigen Politik entgegensetzen, werden wir unserer Verantwortung, die sich aus dem Agenda 21-Prozess ergibt, auch gerecht.

Der Bundespräsident Johannes Rau hat in seiner jüngsten Berliner Rede am Montag dieser Woche auf die Bedeutung der ständig wachsenden **Vernetzung der Welt**, auf die Chancen und Gefahren, die sich daraus ergeben können, hingewiesen. Bundeskanzler Schröder hat gestern im Bundestag eine Regierungserklärung zum Nachhaltigkeitskonzept als Leitkonzept der rot-grünen Regierung abgegeben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nichts als Sprechblasen!)

Heute hat der Bundestag endlich auch dieses kleine Schrittchen in die richtige Richtung beschlossen - jedenfalls im Maßstab der weltweiten Entwicklung ein kleines Schrittchen, im Maßstab des Bundestages ein Riesenschritt und eine lange erwartete Aktion -, Tierschutz ins Grundgesetz aufzunehmen. Wir haben es gerade beschlossen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Sandra Redmann [SPD])

Ich freue mich sehr darüber. Wir beide gemeinsam - Frau Redmann und ich - hatten das in unseren Koalitionsvertrag aufgenommen - auch an dieser Stelle Verantwortung des Landes, wenn der Bund sie an dieser Stelle bisher nicht wahrnehmen konnte. Wir können nun davon absehen, den Tierschutz in unserer eigenen Landesverfassung zu verankern, weil es im Grundgesetz an der richtigen Stelle sitzt. Genau da müssen Tiere geschützt und verteidigt werden. Wie gesagt, ein Schrittchen in die richtige Richtung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wozu reden Sie eigentlich gerade?)

- Wenn Sie zuhören, werden Sie es gleich herausfinden. - Eine starke gesellschaftliche Bewegung, die zurzeit von Frankreich ausgehend in den Staaten der EU und auch in der Bundesrepublik auf große Zuwächse stolz sein kann, ist Attac - aus dem Französischen auf Deutsch übersetzt -, ein Zusammenschluss zur Besteuerung der Finanztransaktionen zur Hilfe der Bürger. Attac hat als Grundkonsens folgende Ziele formuliert: gegen eine Globalisierung, die primär an

(Irene Fröhlich)

den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, für eine Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln. Kurz, sie warnen: Die Welt ist keine Ware.

Der Bundespräsident findet dazu in seiner bereits erwähnten Berliner Rede folgende Worte: Vernünftige Kritiker und vernünftige Befürworter der Globalisierung stehen einander nicht unversöhnlich gegenüber; Kritik ist immer auch eine Art Frühwarnsystem, das Politik und Wirtschaft nicht ignorieren sollten.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern können wir durchaus in der „Bundesliga“ mitspielen, wenn es um Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung geht. Der Bericht des Umweltministeriums macht aus meiner Sicht beeindruckend deutlich, welche Fülle an Aktivitäten und Partnerschaften mit Projekten in Ländern des Südens - wie es durchgängig heißt - es in Schleswig-Holstein gibt. Wohlgermerkt, die hat es in Schleswig-Holstein bereits vor 1996 gegeben, Frau Happach-Kasan, nur mit dem Unterschied, dass sie jetzt ein gemeinsames Sprachrohr finden, dass Sie jetzt im Bündnis entwicklungspolitischer Initiativen, das die Vernetzung unterstützt, institutionell gefördert werden.

Mit Interesse habe ich zum Beispiel gelesen, welche Rolle bei dieser Arbeit das **Nordelbische Missionszentrum in Breklum** in Nordfriesland dabei spielt. Für den kirchlichen Bereich scheint dies geradezu ein Dreh- und Angelpunkt zu sein. Das strahlt natürlich in eine solche ländliche Region aus. Man kann das spüren, wenn man in den Dörfern um Breklum herum mit Leuten spricht. Das können Sie natürlich nicht wissen, Frau Happach-Kasan.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die ist da häufiger als Sie, Frau Fröhlich! Sie wohnen doch hier in Kiel!)

Natürlich haben alle diese Institutionen, Vereine und Verbände und die Projekte, die sie betreiben, vor allem aber das Bündnis entwicklungspolitischer Initiativen auch finanzielle Erwartungen an das Land. Wir sind froh, dass wir über die Beteiligung am BingoLotto hier für eine Unterstützung sorgen konnten, die den Rückgang an Steuermitteln jedenfalls zum Teil auffängt.

Kritisch habe ich zur Kenntnis genommen, dass im Bereich der **Kooperation von Wirtschaftsunternehmen** eher noch mehr geschehen könnte. Ermutigend ist jedoch, dass auch hier die Firma Dräger in Lübeck im Bereich der Medizintechnik in Ghana vorbildhafte Projekte der Zusammenarbeit betreibt.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Unternehmen der Windenergie planen oder realisieren bereits Projekte in so genannten Entwicklungsländern, kombiniert mit Aktivitäten zur Qualifizierung dortiger Arbeitskräfte. Auch hier ein Transfer von uns vor der Haustür nach Afrika, wo die Probleme gelöst werden müssen.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, Frau Präsidentin.

Besonders eindrucksvoll stellen sich die Modellprojekte „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ dar. Hier ist es in ressortübergreifender Zusammenarbeit gelungen, von den Kindertagesstätten bis zu den Universitäten Materialien zu entwickeln, Partnerschaften anzustoßen und nicht zuletzt auch Förderung aus bundesweiten Modellprogrammen ins Land zu holen.

Aus meiner Sicht bewegen wir uns in einem verantwortungsbewussten, angemessenen Rahmen für Schleswig-Holstein. Immer könnte es natürlich etwas mehr sein. Wir arbeiten daran.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer sich an die Haushaltsdebatten der letzten Jahre erinnert, wird wissen, dass gerade der im Berichtsantrag genannte Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der interkulturellen Verständigung immer wieder als Kürzungsmasse im Gespräch war. Die Kollegin Todsens-Reese hat dafür heute wieder ein Beispiel gegeben. Dabei klang an, dass es sich nicht um originäre Landesaufgaben handelt.

Daher begrüßen wir den vorliegenden Bericht, weil dort erstmals zusammenhängend dargelegt wird, wie das Engagement des Landes aussieht, welche Projekte mit welchen Trägern gefördert werden. Besonders wichtig ist vor diesem Hintergrund die Gesamtausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit.

Im Mittelpunkt stehen die Begriffe **Nachhaltigkeit** und **bürgerschaftliches Engagement** und die Fest-

(Anke Spoorendonk)

stellung, dass es sich bei der Eine-Welt-Politik der Landesregierung insbesondere um die Stärkung der **Inlandskomponente** handelt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies findet die Unterstützung des SSW. Mit Inlandskomponente ist einfach gemeint, den Dialog nicht abreißen zu lassen, sondern ihn zu führen und sich dem Dialog zu stellen.

Übergeordnet betrachtet ist es wichtig, zehn Jahre nach Rio zu fragen, wie weit wir es überhaupt mit der Agenda 21 gebracht haben. Wenn man bedenkt - auch das will ich noch einmal sagen -, dass zurzeit nur vier europäische Staaten, nämlich Dänemark, Norwegen, Schweden und die Niederlande, 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einsetzen, dann sieht man, wie wenig sich die Rahmenbedingungen für den **Agenda 21-Prozess** verbessert haben. Wenn aber wirklich entscheidende Fortschritte in Fragen des Umweltschutzes, der Menschenwürde und des Friedens gemacht werden sollen, dann müssen alle über den eigenen Tellerrand schauen, vor allen Dingen wir, die wir in einem so reichen und wirtschaftlich und politisch dominierenden Teil der Welt leben, nämlich in Deutschland und in Europa.

1969 sagte der Bundespräsident Gustav Heinemann in seiner Antrittsrede:

„Der Mensch ist im Begriff, den Mond zu betreten, und hat doch immer noch diese Erde aus Krieg und Hunger und Unrecht nicht herausgeführt. Der Mensch will mündiger sein als je zuvor und weiß doch auf eine Fülle von Fragen keine Antwort. Unsicherheit und Resignation mischen sich mit der Hoffnung auf bessere Ordnung.“

Geändert hat sich an den grundlegenden Beziehungen seit Heinemanns Antrittsrede nicht so sehr viel.

Nach Rio - 1992 - ist uns aber verstärkt bewusst geworden, dass Umweltprobleme, Ressourcenverteilung, die technische Entwicklung, die Gleichstellung der Geschlechter und Bildung ebenso Faktoren sind, die für eine friedlichere Welt entscheidend sind. Im August/September dieses Jahres wird sich der Johannesburger UN-Gipfel mit eben diesen Perspektiven, das heißt mit der Fortführung der Agenda 21 befassen.

Damit bin ich wieder bei dem Bericht der Landesregierung. Ich habe hier nicht vor, die Projekte im Einzelnen aufzuzählen oder auf die Projekte einzugehen. Dazu wird es im Ausschuss noch Gelegenheit geben. Konkret hätte ich auch noch einige Nachfragen, auch

zum Beispiel zu der Umsetzung der genannten Strategie „zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“.

Ich fasse aber für den SSW zusammen: Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung sind keine politischen Spielwiesen, sondern sind politische Verpflichtungen,

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

politische Pflichtaufgaben also, die alle politischen Ebenen betreffen, sowohl die Bundesebene als auch die Ebene der Länder und Kommunen. Das ist es ja, worum es in der Agenda 21 geht. Wir können uns in der Welt nicht isolieren. Das ist nicht möglich. Da kann ich der Kollegin Fröhlich nur Recht geben.

Wer meint, man könne über **Globalisierung** reden, ohne diese Pflichtaufgaben auch ernst zu nehmen, der sollte sich doch noch einmal die Rede des Bundespräsidenten ansehen. Das sage ich auch vor dem Hintergrund der kommenden EU-Erweiterung und noch einmal vor dem Hintergrund der letzten Wahlen in Europa. Damit meine ich, dass sich Menschen von der wirtschaftlichen Entwicklung - Stichwort ist immer noch Globalisierung - zunehmend überrollt fühlen, dass Menschen der Meinung sind, jetzt gehe es darum, etwas für uns hier zu tun, und dann können die anderen sehen, wie sie klarkommen. Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es in den kommenden Jahren umso wichtiger sein, über den eigenen Tellerrand zu blicken und zu sagen, Globalisierung ist nicht nur Wirtschaft, sondern das, was im Berichtsantrag deutlich wird.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung zu einem Kurzbeitrag, erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Happach-Kasan, Sie haben Ihrem Ruf als Giftnudel wirklich alle Ehre erwiesen.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das ist nicht zu akzeptieren! - Zurufe von CDU und FDP)

Dass man in einem Beitrag von fünf Minuten die Arbeit von Kirchen, Initiativen, von vielen Lehrern im Lande, von Schulen, von unzähligen engagierten Menschen in dieser Art und Weise beleidigt, das ist mir

**(Karl-Martin Hentschel)**

noch nicht vorgekommen. Das muss ich wirklich einmal sagen; das ist mir ein Bedürfnis.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Na, was kommt jetzt?)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich möchte darauf hinweisen - Herr Kollege Hentschel, ich hoffe, wir haben da Übereinstimmung -, dass der Begriff „Giftmudel“ in Bezug auf Angehörige des Parlaments nicht parlamentarisch ist.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Eigentlich wäre ein Ordnungsruf fällig gewesen!)

Jetzt hat noch einmal Herr Minister Müller ums Wort gebeten.

**Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:**

Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Happach-Kasan, ich kann immer mit einem politischen Streit leben. Ich habe auch Verständnis für Wahlkampfreden von Bundestagskandidaten. Ich habe an der Stelle überhaupt kein Problem. Wenn Sie aber hier die Arbeit von Menschen in der Entwicklungszusammenarbeit, die in der Kirche aktiv sind, die im Bildungsbereich aktiv sind, die im BEI aktiv sind, als parteipolitische Aktivitäten diffamieren, dann weise ich das als verantwortlicher Minister in aller Deutlichkeit zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

Es handelt sich um Mittel der Landesregierung über Bingo, und bei Bingo müssten Sie wissen, als Mitglied des Vergaberates, dass das Ministerium nicht die Entscheidung trifft und auch keine Partei eine Entscheidung trifft, sondern dass ein entsprechendes Gremium die Entscheidung trifft, wo das Geld verwendet wird. Wenn Sie hier unterstellen, hier werde Parteipolitik betrieben, dann ist das falsch und diffamierend.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

Auch wenn wir dem Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen Geld zur Verfügung stellen, finde ich es genauso diffamierend, wenn Sie das als Parteipolitik beschreiben. Wenn wir dem BEI Geld für seinen Kleinprojektfonds zur Verfügung stellen, dann ist das genauso diffamierend, wenn Sie hier Parteipolitik unterstellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Herr Minister, mäßigen Sie sich mal! Das ist unglaublich, was Sie hier treiben!)

Noch ein Letztes. Wir können inhaltlich lange darüber streiten, ob man lieber in der einen Welt unterstützend tätig sein muss - das muss man -, oder ob man hier als kleines Land Schleswig-Holstein seine Verantwortung übernimmt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sind Ihrer Verantwortung nicht mehr gewachsen, Herr Minister!)

Ich halte es für richtig und für notwendig und für modern, wenn wir dafür sorgen, dass sich in Schleswig-Holstein in unserem Verständnis unserer Lebensweise etwas ändern muss. Wenn die FDP das nicht will, wenn die FDP alles beim Alten lassen will, dann ist das ihre Politik der sozial kalten Ellenbogen, die hier noch einmal durchscheint.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie müssen nur so weitermachen, Herr Minister! Sie kriegen Ihre Partei schon unter 5 %!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in meinem Beitrag sehr deutlich und, wie ich meine, auch verantwortlich darauf hingewiesen, dass die Kirchen in unserem Lande, die Schulen, die Kommunen enorm gute Entwicklungsarbeit leisten

(Beifall bei FDP und CDU)

und Projekte haben, die von der FDP ausdrücklich unterstützt werden. Ich bitte Sie, das alles noch einmal im Protokoll nachzulesen. Sie werden es dort lesen können.

Weiterhin habe ich deutlich gemacht wie auch die Kollegin Todsens-Reese, dass wir der Auffassung sind, dass Entwicklungszusammenarbeit ein bundespolitisches Thema ist und dass dort in erster Linie der Bund in der Verantwortung steht. Wir bedauern sehr, dass es nur noch eine Förderung von 0,27 % des Bruttosozialprodukts - -

(Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, können Sie nicht ertragen, dass eine Liberale mal etwas deutlich sagt? Hören Sie doch einfach einmal zu.

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Wir haben uns deutlich darauf verständigt, dass 0,27 % des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit einfach zu wenig sind. Wir wollen zurück zu dem Stadium 1990 - 0,4 %! - unter christlich-liberaler Verantwortung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie haben das Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen angesprochen, das eine ganze Reihe von Maßnahmen und Verbänden koordiniert. Wir sind als FDP-Fraktion der Auffassung, dass wir auch mit einem solchen Bündnis so verfahren sollten, wie wir mit anderen Verbänden und Vereinen im Land verfahren: Keine institutionelle Förderung, sondern Projektförderung. Auch das vermisste ich in diesem Beitrag.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Es ist sehr offensichtlich, dass Vereine und Verbände, die sich auf der Linie der Landesregierung befinden, eine institutionelle Förderung erhalten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit den Naturschutzverbänden?)

- Sehr richtig, Frau Fröhlich, vielen Dank! Meines Erachtens ist aber bei dem Bündnis entwicklungspolitischer Verbände eine institutionelle Förderung über die Förderung von Projekten hinaus nicht angebracht.

Ich möchte noch eines deutlich machen: Wir haben bei der Durchsicht der Projekte, die sowohl von der Landesregierung als auch über die Beiträge der Bingolotterie, festgestellt, dass überwiegend und zunehmend mehr Projekte im Land gefördert werden und dass sehr viel weniger Wert darauf gelegt wird, die Initiative für Auslandsprojekte, die es hier bei uns in Schleswig-Holstein gibt, weiter zu fördern. Ich halte dies für einen falschen Weg. Sie, Herr Minister, haben in Ihrer Rede selbst gesagt, dass eine Entwicklungszusammenarbeit an Glaubwürdigkeit verliert, wenn sie sich ausschließlich auf Inlandsprojekte beschränkt. Insofern fordern wir als FDP Sie auf, weitere Auslandsprojekte in diesem Bereich zu fördern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass ein zu großer Teil der Förderung der Inlandsprojekte mehr aus politischer Rücksichtnahme gegenüber den politisch nahe stehenden Gruppen erfolgt denn aus inhaltlicher Überzeugung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir sind auch der Auffassung: Die Agenda 21 ist ausgesprochen wichtig, sollte auf allen Ebenen erfolgen. Aber das muss nicht in der Weise geschehen, wie die Landesregierung das macht. Deswegen waren wir

mit der Förderung, wie sie vorher durch die Ministerpräsidentin erfolgt ist, zufriedener als mit der Förderung, die jetzt durch das Umweltministerium vorgenommen wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir treten in die Beschlussfassung ein. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung federführend dem Umweltausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das vom Haus einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Bericht der Landesregierung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Barcelona am 15./16. März 2002**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1856

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich möchte darauf hinweisen, dass mit dem Antrag der Fraktion der CDU ein Bericht in dieser Tagung beantragt worden ist. Ich darf deshalb zur Berichterstattung für die Landesregierung der Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort erteilen.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein zentrales Thema das Europäischen Rates von Barcelona war, die in Lissabon 2001 verabschiedete Strategie zu überprüfen. „Wie weit ist die Union auf ihrem Weg gekommen, Europa bis 2010 zu einem der wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsräume weltweit zu machen?“, war eine der Grundlagen.

Neben dieser Bestandsaufnahme ging es in Barcelona auch darum, neue Impulse zu setzen. Die Diskussion folgte drei zentralen Linien: Erstens. Solide öffentliche Finanzen sind für die künftige Entwicklung Europas unverzichtbar. Zweitens. Es muss gelingen, das Wirtschaftswachstum innerhalb der Mitgliedstaaten wiederzubeleben. Drittens. Innerhalb der Gemeinschaft müssen dringend Strukturreformen vollzogen werden, einmal, um die Union auch nach der Osterweiterung funktionsfähig zu halten, zum anderen, um Transparenz und Legitimität gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern zu stärken.

Um die langfristige Strategie von Lissabon voranzutreiben, wurde verabredet, erstens die wirtschaftspoli-

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

tische Abstimmung zwischen den Staaten der Union zu verstärken, zweitens die nachhaltige Entwicklung stärker zu berücksichtigen, drittens günstigere Rahmenbedingungen für Unternehmergeist und Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen und viertens die sozialen Systeme zu stärken und so das erfolgreiche europäische Sozialmodell den künftigen Herausforderungen anzupassen.

Das sind sehr allgemeine Grundsätze. Es wird in den nächsten Jahren darauf ankommen, wie sie konkretisiert werden.

Dennoch sind die Empfehlungen aus Sicht der Landesregierung in drei Kernbereichen besonders wichtig. In den Vorschlägen einer **aktiven Beschäftigungspolitik** wird erstmals in dieser Klarheit die besondere Rolle der Sozialpartner für die zukünftige Entwicklung hervorgehoben. Gleichzeitig sprechen sich die Mitgliedstaaten für eine verstärkte Förderung der Beschäftigung in der EU aus. Einen Schwerpunkt soll dabei die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen und die Unterstützung grenzüberschreitender Mobilität bilden, zum Beispiel durch die Ausweitung der Übertragbarkeit von sozialen Schutzansprüchen.

Im Zusammenhang mit der Förderung der **wirtschaftlichen Verflechtung** bekräftigt der Europäische Rat das Ziel eines integrierten und effizienten europäischen Kapitalmarktes. Besonders hervorzuheben ist, dass ein besonderer Abschnitt zur Bedeutung der Daseinsvorsorge bei der Integration der europäischen Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze aufgenommen worden ist. Dies gestattet den Mitgliedstaaten, die aus ihrer Sicht für die Ausgestaltung notwendigen Allgemeinwohlverpflichtungen zu definieren.

Unter dem Aspekt der wissensbasierten Wirtschaft werden die **Qualität der Bildung** und die Bedeutung des lebenslangen Lernens thematisiert. Gefordert werden verstärkte Anstrengungen im Bereich der Forschung. Dazu fordert der Rat, die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung zu erhöhen. Zielvorgabe bis 2010 ist ein Niveau von nahezu 3 % des Bruttoinlandsprodukts. Daran soll sich die Privatwirtschaft zu zwei Dritteln beteiligen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei dieser Aufzählung müssen wir klar unterscheiden: Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Barcelona enthalten Arbeitsaufträge an den Rat und die Kommission. Unmittelbare Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten sind zunächst nicht gegeben. So wird zum Beispiel für die Verbesserung des Versorgungsangebots für Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter zutreffend formuliert, dass die Mitgliedstaaten bestrebt sein sollten, die vorgeschlagenen Verbesserungen bis 2010 zu erreichen. Das deckt sich

in weiten Teilen mit den Zielen auf Länderebene. Eine Verpflichtung für die Länder ergibt sich daraus jedoch nicht.

In diesem Sinne hat der Beschluss des Bundesrates vom 1. März, an dem die Landesregierung mitgewirkt hat, das bereits in Lissabon gesetzte strategische Ziel unterstützt. Gleichzeitig hat er jedoch die Bundesregierung aufgefordert, konkreten Zielvorgaben in bestimmten Bereichen entgegenzuwirken. Das hat mit unserer Überzeugung zu tun, dass solche Regelungen den Mitgliedstaaten überlassen werden sollten. Solche Dinge müssen nicht in Brüssel geregelt werden. „Best practice“ bringt hier nichts als Uniformität und soll jeweils passend angeboten werden.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Generell sind wir als Land auf einem guten Weg, um die vom Rat in Barcelona formulierten Perspektiven zu erreichen. Dafür nutzen wir vor allem die Fördermittel der EU, die wir im Rahmen von „ziel§, also Zukunft im eigenen Land, eng mit den **Förderprogrammen** des Landes gekoppelt haben. Wir erhalten von 2000 bis 2006 allein aus den Töpfen der Union insgesamt rund 258,3 Millionen €, aus denen wir eine Reihe von Maßnahmen finanzieren, die die Ziele von Barcelona flankieren. Allein für die Förderung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen setzen wir im Zeitraum von 2000 bis 2006 etwa 36,6 Millionen € aus dem Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Programms ASH 2000 ein, und zwar landesweit.

Aber auch außerhalb der EU-Förderung stehen wir im deutschen und im europäischen Vergleich nicht schlecht da. Um bei den genannten Beispielen, zum Beispiel der Versorgung mit Kindergartenplätzen, zu bleiben: Schleswig-Holstein hat seit 1988 den Bau von 37.000 Plätzen in Kindertageseinrichtungen gefördert, sodass der Rechtsanspruch für die Drei- bis Sechsjährigen zu 90 % erfüllt werden kann. Damit liegt das Land im Vergleich der alten Bundesländer im guten Mittelfeld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man die Festlegungen von Lissabon und Barcelona miteinander vergleicht, fällt eine Veränderung auf: Erklärte Lissabon ein Gleichgewicht von Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik, so steht Barcelona eindeutig unter dem Primat der Wirtschaftspolitik.

Für die Landesregierung ist jedoch entscheidend, das Gleichgewicht im Gesamtprozess wiederherzustellen; denn der Erhalt oder eine behutsame Anpassung des **europäischen Gesellschaftsmodells** an eine veränderte Situation ist für die weitere Entwicklung der



**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Gemeinschaft unverzichtbar. Wirtschaftswachstum löst nicht alle Probleme.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muss sichergestellt werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger im gleichen Maße davon profitieren. Auch diejenigen müssen ihren Platz in der Gesellschaft finden, die nicht über ihre volle Arbeitskraft verfügen oder sich in einer sozialen Notlage befinden. Gerade ihnen müssen wir Angebote machen, die ihre Rolle als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger garantiert. Auch das gehört zu einer tragfähigen europäischen Gesellschaft.

Aus Sicht der Landesregierung muss deshalb bei allen weiteren Schritten beachtet werden, dass das in Lissabon zu Recht in den Vordergrund gestellte Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik erhalten bleibt und ausgebaut wird.

Insgesamt gesehen ordnet sich der Europäische Rat von Barcelona als Arbeitssitzung ohne spektakuläre Ergebnisse in die Reihe der europäischen Gipfeltreffen ein. Das kann man als normal ansehen. Für die Entwicklung der Gemeinschaft sind nicht die spektakulären Ereignisse, sondern Solidität und Kontinuität der Schlüssel des Erfolgs. Sie haben die europäische Situation unumkehrbar zu machen, zu sichern und in der jeweiligen Tagespolitik der Mitgliedstaaten zu verankern.

Es kommt jetzt darauf an, dass die vereinbarten Ziele umgesetzt werden und die Europäische Union auf diesem Weg zügig voranschreitet, aber auch Rücksicht nimmt auf die Fähigkeit der Länder und Mitgliedstaaten, beim vorgegebenen Tempo mitzuhalten. Wir werden uns bemühen, das Vereinbarte Schritt für Schritt auch in unserer Alltagspolitik umzusetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die antragstellende CDU-Fraktion erhält jetzt der Herr Abgeordnete Peter Lehnert.

**Peter Lehnert [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der **Rat von Laeken** hat einen Konvent installiert mit der Aufgabe, einen Vorschlag für eine bessere Verteilung der Aufgaben zwischen Union, Mitgliedstaaten sowie Regionen vorzulegen. Dabei hat der Vertreter des Deutschen Bundesrates, Ministerpräsident Teufel, sehr nachdenkenswert Eckpunkte genannt; sie orientieren

sich an den Grundsätzen von Subsidiarität und kommunaler Selbstverwaltung.

Es handelt sich dabei erstens um die Erfassung der heutigen Aufgabenverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten, zweitens um die nötige Veränderung dieser Aufgabenverteilung, drittens um den Vorschlag eines dualen Gesamtkataloges und viertens um den Schutz der neuen Aufgabenverteilung durch ein neu einzurichtendes Kompetenzgremium.

Andererseits gibt es wichtige Aufgaben, die stärker als bisher durch europäische Gremien wahrgenommen werden sollten. Entscheidend ist dabei die Frage, auf welcher Ebene die jeweilige Aufgabe am effektivsten bewältigt werden kann. So müssen die Kompetenzen von **Europol** deutlich erweitert werden, um das internationale Verbrechen erfolgreicher bekämpfen zu können.

(Beifall bei CDU und SPD)

Gerade die organisierte Kriminalität verfügt nicht nur über eine ausgeklügelte Logistik und die modernste Technologie, sondern ist auch in ihren Strukturen globalisiert. Die bisherigen staatlichen Fähigkeiten, darauf angemessen zu reagieren, werden durch föderalistische Kompetenzbeharrung negativ beeinträchtigt. Hier müssen klare **Kompetenzen** zugewiesen werden und die entsprechende Ausstattung auf europäischer Ebene muss zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

In der **Außen- und Sicherheitspolitik** kann es eine vernehmbare und nachvollziehbare europäische Position nur geben, wenn die Nationalstaaten bereit sind, geschlossen aufzutreten. Darunter ist nicht nur der Bereich der Diplomatie, sondern sind auch militärische Einsatzmöglichkeiten zu verstehen. Innerhalb der NATO-Strukturen müssen die europäischen Staaten über eigene Fähigkeiten sowie Personal und Material verfügen, um eigenständig Aufträge wahrnehmen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Beim **Gipfel von Barcelona** zeigten sich hingegen Tendenzen in die falsche Richtung. Wieder einmal versuchten die nationalen Regierungschefs, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu verständigen. Klare Zielvorgaben wurden ausgerechnet in Bereichen gesetzt, die sich eigentlich dem **Regelungszugriff der Union** entziehen sollten.

Dabei handelt es sich vor allen Dingen um die Schaffung von Betreuungsangeboten für Kinder - Frau Ministerpräsidentin Simonis hat das bereits erwähnt -, allerdings auch um die Ausstattung der Schulen mit Computern und Internetanschlüssen. Bis zum Jahre

(Peter Lehnert)

2003 soll für je 15 Schüler ein Computer mit Internetanschluss vorhanden sein. Wie das finanziert werden soll, lässt der Rat allerdings offen.

Als drittes Beispiel sei die Anhebung des Rentenalters um fünf Jahre bis zum Jahre 2010 genannt.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich habe keine Bedenken gegenüber diesen Ziele, aber die Entscheidung darüber, ob und wann entsprechende Schritte eingeleitet werden, liegt in der Verantwortung der Staaten und vor allem der Regionen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Praxis nach Abschluss des Konvents möglichst schnell durch eine mehrschichtige Kompetenzabgrenzung abgelöst wird. Dabei soll jede Ebene innerhalb der demokratischen Strukturen Europas die Aufgaben übernehmen, die dort am nachhaltigsten umgesetzt werden können.

(Beifall bei der CDU)

Dies wird auch für die Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein die **Transparenz** von demokratischen Entscheidungen verbessern und die **direkten Beteiligungsmöglichkeiten** erweitern. Dabei sollten wir alle gemeinsam die Landesregierung ermuntern, die Positionen unseres Vertreters im Konvent zu unterstützen. Wichtig ist hierbei allerdings auch die zeitnahe Information der zuständigen Ausschüsse nicht nur über gehaltene Reden, sondern vor allen Dingen auch über vorzutragende inhaltliche Positionen der Länder.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die einmalige Chance des Konvents. Nutzen wir sie zum Wohle der Menschen in unserem Land und der Zukunft unserer Kinder in Europa!

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Astrid Höfs.

**Astrid Höfs [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin Simonis, ich bedanke mich bei Ihnen für den zum Antrag der CDU gegebenen Bericht.

Grundsätzlich begrüße ich jede Gelegenheit, im Parlament über europäische Fragen zu debattieren. Leider ist das Medienecho nach solchen Debatten und Berichten sehr mäßig, um es vorsichtig auszudrücken.

(Zuruf von der CDU: Das Interesse auch!)

Bezogen auf diesen CDU-Antrag ist zu befürchten, dass es wieder so sein wird; denn wie titelte „Die Welt“ am 18.03. über den Europäischen Rat von Barcelona? - „Viel Lärm, noch mehr Aufwand und einige laue Ergebnisse“.

Wenn solche Anträge regelmäßig anlässlich der Tagung der Fachminister vonseiten der CDU gestellt werden, um bei der Landesregierung nachzufragen, ob sie ihre europäischen Hausaufgaben gemacht hat, dann wird das Interesse an europäischer Politik bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht zunehmen. Zu offensichtlich ist in diesem Fall, dass die CDU mit ihrem Antrag versucht, die Landesregierung vorzuführen und ihre Europakompetenz infrage zu stellen.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir doch gar nicht gemacht!)

Der Europäische Rat von Barcelona war kein strahlender Stern am europäischen Himmel. Der Bundeskanzler fasste es dann auch einfach wie folgt zusammen: „Für mich war entscheidend, dass die Richtung stimmt.“

Das Kernergebnis von **Barcelona** war ein lauer Kompromiss zur Liberalisierung der europäischen Energiemärkte. Außerdem wurde beschlossen, dass 90 % der Kinder in Europa bis 2010 einen Kindertagesstättenplatz haben sollen und jedes kleine Kind in Zukunft zwei Fremdsprachen lernen soll.“

Ich weise in diesem Zusammenhang auf die bisherigen Erfolge der Landesregierung Schleswig-Holsteins gerade im **Kindertagesstättenbereich** hin. Mehr als 85.000 Kinder besuchen täglich eine Kindertagesstätte. Das sind gut 80 % der Drei- bis Sechsjährigen. Jedes vierte Kind hält sich täglich mehr als sechs Stunden in einem Kindergarten auf. Das Land beteiligt sich allein im Jahre 2002 mit 53,2 Millionen € an den direkten Kosten der Kinderbetreuung und indirekt über die Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände als Träger vieler Kindertagesstätten.

Die Anzahl der Betreuungsplätze für drei- bis sechsjährige Kinder in den Kindertagesstätten deckt den Bedarf. Darüber hinaus ist ein Ausbau der flexiblen Öffnungszeiten notwendig.

Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren und für Kinder im Schulalter wurde ebenfalls ausgebaut. Im Moment arbeitet die Landesregierung an einem Konzept, das durch Staffelung der Zuschüsse mehr Anreize für die Veränderung der Betreuungszeiten geben soll.

Im Bereich der betreuten Grundschule und der Halbtagschule hat die Landesregierung zusammen mit

(Astrid Höfs)

Kommunen, Eltern und Schulen viele Angebote geschaffen.

Zum **Fremdsprachenbereich** ist zu sagen, dass inzwischen mehr als 100 Grundschulen den bilingualen Unterricht im Sinne von Sprachbegegnung anbieten. Erweiterungen sind für das folgende Schuljahr vorgesehen. Sprachkenntnisse und somit das Fremdsprachenlernen müssen in die selbstverständliche Anwendung einer Arbeitssprache übergehen.

(Beifall bei der SPD)

Das halte ich für ausgesprochen notwendig.

In diesem Jahr hat sich der Europaausschuss sehr intensiv mit der Arbeit der Europaschulen auseinander gesetzt, und zwar wurde bei einem Besuch einer Europaschule ganz deutlich, dass der bilinguale Unterricht in den Europaschulen sehr viel Spaß macht. Es wird dort nicht nur Wissen vermittelt, sondern das Lernen macht mehr Freude, weil die direkte Auseinandersetzung mit der Sprache deutlich mehr Interesse bei den Schülern weckt. Die praktische Anwendung ist einfach interessanter als die theoretische Erarbeitung der Sprache. Daran gemessen halte ich es eigentlich für notwendig, dass jede Schule eine Europaschule ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Weiter wurde in Barcelona die besondere Rolle der **Sozialpartner** auf dem Arbeitsmarkt hervorgehoben. Ansonsten stand die Wirtschaftspolitik im Vordergrund. Die Ministerpräsidentin ist auf diesen Bereich ja eingegangen.

Nach der Verwirklichung der **Wirtschafts- und Währungsunion** muss nun endlich die Sozialunion in Angriff genommen werden. Damit müssen wir uns beschäftigen, wir müssen Ideen entwickeln, besonders im Hinblick auf die neuen Mitglieder, damit das soziale Gefälle in Europa nicht noch größer wird.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehören auch der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt und die sozialen Mindeststandards für EU-Mitglieder. Darüber möchte ich gern später im Landtag mit Ihnen diskutieren. Das ist auch eine Anregung für den Europaausschuss.

Die Ministerpräsidentin hat deutlich gemacht, dass die Landesregierung ihre Hausaufgaben gemacht hat. Dabei wurde sichtbar, dass der Antrag der CDU völlig überflüssig war.

In Barcelona wurde viel Papier produziert; immerhin waren es 73 Seiten. Manchmal denke ich, es ist schon ziemlich mühevoll, sich durch dieses Europadeutsch hindurchzuwühlen. Als Unterrichtsmaterial - so stelle

ich jedenfalls fest - ist dieser Bericht für die Schulen nicht zu gebrauchen.

Das Angebot der Europapolitiker in diesem Jahr allerdings, am Europatag in die Schulen zu gehen und mit Schülerinnen und Schülern zu diskutieren, war ein ganz wesentlicher Beitrag, um den Schulen und den Schülerinnen und Schülern Europa näher zu bringen. Ich denke, künftig kann Europa den Menschen auf diese Art und Weise auch näher gebracht werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Ich komme zum Schluss. Die Kommission und der Ministerrat sind aufgefordert, Barcelona umzusetzen. Die Landesregierung ist hier eigentlich nur peripher gefragt. Ich freue mich auf die nächste Europadebatte im Landtag und im Europaausschuss. Wir werden unsere Anträge stellen. Vielleicht ist dann die Opposition auch etwas kreativer.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Joachim Behm von der FDP-Fraktion das Wort.

(Zurufe)

**Joachim Behm [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Zwei Bemerkungen vorweg: Ein halb leeres Auditorium hat den Vorteil, dass die Geräuschkulisse nicht so groß ist. Als Zweites stelle ich fest, dies ist nicht der Teil 2 der Ausführungen von Frau Höfs, was mir unterstellt wurde.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Für die Europapolitiker dieses Hauses gab es in der letzten Zeit so manchen Dämpfer, wenn es darum ging, das Projekt der europäischen Einigung weiter voranzutreiben. Sowohl die Debatte der letzten Tage um die gefühlte Inflation durch den Euro als auch die mangelnden Einflussmöglichkeiten der Europäischen Union in der Krise im Nahen Osten hat so manchen Euroskeptiker wieder aus seiner Ecke kriechen lassen, um Europa als gescheitertes Modell darzustellen.

Wir von der FDP halten auch in diesen Zeiten an der europäischen Idee fest. Für uns gibt es keine Alternative.

Auch bei der Diskussion um den **Euro** wird verdrängt, dass der Vertrauensverlust der Menschen weniger in der gemeinsamen Währung begründet ist; vielmehr

(Joachim Behm)

wurde die Umstellungs- und Eingewöhnungsphase durch wenige Einzelhändler, aber auch durch Teile der Gastronomie genutzt, teilweise überhöhte Preise zu verlangen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD:  
Unglaublich!)

Die absoluten Zahlen über die Teuerungsrate gegenüber dem Vorjahr sprechen da eine andere Sprache. Ich hatte erst vor kurzer Zeit bei einer Veranstaltung in Bad Bramstedt, nämlich an der Jürgen-Fuhlendorf-Schule, Gelegenheit, mit Schülerinnen und Schülern des 12. Jahrganges im Rahmen der Europawoche zu diskutieren und musste feststellen, wie schnell Zweifel an der richtigen Einführung des Euro gesät sind. Es ist sehr mühsam, diese Zweifel durch sachliche Argumente zu zerstreuen.

Wir sollten deshalb auch die heutige Debatte nicht dazu nutzen, diejenigen zu stützen, die ein gemeinsames Europa schlechtreden wollen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie des Abgeordneten Peter Lehnert [CDU])

Wir sollten uns lieber darüber unterhalten, wie wir es schaffen, die ehrgeizigen Ziele, die von der EU verfolgt werden, umzusetzen. Die Konferenz in **Barcelona** hat hierzu wichtige Vorgaben in der Herstellung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gegeben, die wir voll unterstützen können.

Es sollen günstigere Rahmenbedingungen für den Unternehmergeist und die Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden. Ich nenne hier nur einige Stichpunkte: Es soll Personen der **Arbeitsmarkt** wieder eröffnet werden, denen er aufgrund mangelnder Qualifikation bisher verwehrt blieb. Die steuerliche Belastung der Arbeit soll verringert werden. Es sollen steuerliche Maßnahmen zur Steigerung eines Arbeitskräftebedarfs erfolgen. Die Effizienz des Arbeitsmarktes soll verbessert werden. Hier soll insbesondere Anreize von Ruhestand entgegengewirkt werden und die Sozialleistungssysteme sollen europaweit so gestaltet werden, dass sich Arbeit lohnt.

(Beifall bei der FDP)

Der Prozess der Arbeitssuche soll gefördert werden, damit Hilfeempfänger vor Armut und Arbeitslosigkeit bewahrt werden.

Weiter: Im Rahmen von Tarifverhandlungen soll bei der Gehaltsentwicklung die Lage auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt werden,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr gut!)

was letztlich unterschiedliche Löhne und Gehälter ermöglicht.

Gerade diese Punkte in den Schlussfolgerungen der Konferenz sind richtig und die rot-grüne Bundesregierung hat diese Punkte voll mitgetragen. In der Bundesrepublik macht Rot-Grün mit seiner Politik aber genau das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP)

Ich nenne hier nur das Tarifreuegesetz und das Kündigungsschutzgesetz.

Es macht es uns schwer, positiv für Europa zu werben, wenn die Bundesregierung erst gemeinsame Beschlüsse in der EU fasst, um sich dann nicht mehr darum zu kümmern.

(Beifall bei der FDP)

Im Bereich der **Forschung** hat die Konferenz in Barcelona ergeben, dass der Rückstand der EU gegenüber ihren Hauptkonkurrenten aufgeholt werden muss. Wir haben demnach bereits heute einen Rückstand im Bereich der Forschung. Um dies zu ändern, hat die Konferenz festgestellt, dass bis zum Jahr 2010 die Gesamtausgaben für die Forschung und Entwicklung ein Niveau von fast 3 % des Bruttoinlandsproduktes erreichen soll.

Das sind ehrgeizige Ziele. Ich wage daran zu zweifeln, dass dieses Ziel unter dieser Regierung in Schleswig-Holstein erreicht werden kann.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich auch!)

Ich komme zum Schluss! Zur **Kinderbetreuung** ist zu sagen, dass wir bereits heute einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren haben. Auch für Kinder unter drei Jahren gibt es bereits heute diverse Angebote durch Kirchen und Kommunen. Ich habe wenig Zweifel, ob die Versorgungsquote von 33 %, bis zum Jahre 2010 erfüllt sein wird. Persönlich habe ich aber Zweifel, ob es wünschenswert ist, eine so große Zahl von Kindern gleich nach der Geburt in Obhut zu geben.

Wir sollten insgesamt die Beschlüsse von Barcelona weiter im Europaausschuss besprechen und nicht nur den marginalen Teil, auf den sich der Antrag der CDU bezieht.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Jetzt erteile ich Herrn Abgeordneten Rainer Steenblock für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Höfs, in der Sache selber kann ich das, was Sie hier gesagt haben, sehr unterstreichen. Was ich allerdings nicht verstanden habe ist, die Kritik daran, dass wir dies hier heute auf Antrag der CDU diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Peter Lehnert [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich finde schon - darüber sind wir uns im Europaausschuss ja auch einig -, wir sollten gerade solche Ratsachen hier regelmäßig diskutieren. Ihr Beitrag hat ja auch sehr deutlich gemacht, wie wichtig es ist, auf diese Dinge differenziert einzugehen. Dass die CDU diesen Berichtsantrag nun vor den rot-grünen Regierungsfractionen gestellt hat, ist politisches Alltagsgeschäft. Wir sollten uns das auch zur Gewohnheit machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Barcelona war sicherlich - das hat die Debatte hier jetzt auch gezeigt - kein großes geschichtliches Ereignis. Es gab keine spektakulären Beschlüsse. Die Ehrlichkeit gebietet es aber, dennoch differenziert mit dem umzugehen, was dort beschlossen worden ist; denn wenn man sich das genauer anschaut, dann stellt man fest, dass dort - ich will es einmal so bezeichnen - integrationspolitische Kärnerarbeit geleistet worden ist.

Wenn man sich die Beschlüsse anguckt - dies ist fast ein kleines Buch; es sind über 70 Seiten Beschlüsse -, dann kann sich das in sehr vielen Teilen durchaus sehen lassen. Die Frage ist nur, ob die Arbeit so, wie wir sie in Europa zurzeit organisieren, dass der Rat diese Kleinarbeit macht und der Rat nicht die tatsächlichen politischen Linien für das Zusammenwachsen in Europa vorgibt, ändern muss. Aber ich glaube, das wird sich auch ändern. Trotzdem ist das, was an Ergebnissen erreicht worden ist, in der Sache durchaus zu vertreten.

Ich will Ihr Augenmerk aber zunächst noch einmal auf einen anderen Aspekt richten, der in der Berichterstattung und heute in der Debatte nicht vorgekommen

ist. Das ist nämlich die Tatsache, dass in Barcelona 28 Staats- und Regierungschefs, also die Vertreter der 15 Mitgliedsstaaten mit den 13 Beitrittsländern, zusammengesessen haben. Es ging bei den Beratungen nicht um den Beitrittsprozess. Vielmehr hat das Europa der 28 über die Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Zukunftsprozesses gemeinsam diskutiert.

Zum ersten Mal - das ist schon herausgehoben - war es eine Selbstverständlichkeit, dass alle 28 beieinander saßen. Auch das ist ein wichtiges Signal, das an die **Beitrittsländer** ausgesandt wurde:

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Rolf Fischer [SPD])

Wir rechnen mit euch, wir rechnen mit eurem Beitritt und wir wollen gemeinsam mit euch auch heute schon die anstehenden Zukunftsprobleme Europas lösen. Das war sicherlich eines der positivsten Signale von Barcelona.

Die Auseinandersetzung über die Öffnung der **Gas- und Strommärkte** war ein Hauptthema, das besonders in den Medien ihren Niederschlag gefunden hat. Wir alle hätten uns mehr an Ergebnissen in dieser Frage gewünscht. Die Öffnung der Märkte ist ein sehr zähflüssiger Prozess. Ich halte es aber auch für falsch, wenn wir aus Deutschland nur auf die anderen Verweigerer wie zum Beispiel Frankreich in der Frage der Energiepolitik zeigen. Wir haben da auch selber unsere Hausaufgaben zu machen und müssen mit unseren eigenen Vorschlägen für die **Marktöffnung** in Europa selbstkritisch umgehen.

Als zentrale politische Botschaft verdient hervorgehoben zu werden, dass das soziale und ökologische **Integrationsmodell** Europas langsam, aber konsequent weiterentwickelt wird. Ich wünsche mir gerade an dieser Stelle - das ist der Lissabon-Prozess, den die Frau Ministerpräsidentin angesprochen hat -, dass die Kriterien von Lissabon tatsächlich mehr in die Arbeit der EU integriert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben - auch das ist gesagt worden und ich will das unterstreichen - im Augenblick eine zu starke Dominanz der wirtschaftspolitischen, der ökonomischen Vorstellungen. Es besteht die Gefahr, dass die sozialpolitische, die beschäftigungswirksame, die soziale Verantwortung innerhalb des europäischen Modells etwas hinten herunterkippt. Hier muss nachgebessert werden. Das bedarf unserer ganz besonderen Aufmerksamkeit.

**(Raider Steenblock)**

Bei den Einzelheiten will ich den Sachen, die schon angesprochen worden sind, einen Punkt hinzufügen. Es ging unter anderem um Modernisierungsstrategien im Bereich der **digitalen Kompetenz**. In Barcelona sind zum Breitbandkabel, einer Technologie, mit der wir in Deutschland in Europa führend sind und Europa Weltmarktführer insgesamt ist, richtungweisende Beschlüsse gefasst worden, die sowohl die technologische wie auch die kommunikative Kompetenz dieser Technologien weiterentwickelt haben. Wir haben in Zusammenhang mit UMTS, Kabelnetze und Breitbandkabel auch in diesem Haus schon diskutiert. Es ist eine nicht zu unterschätzende Entwicklung, die von Europa angestoßen worden ist.

Die Lissabon-Strategie stand im Mittelpunkt. Dazu ist einiges gesagt worden. Ich will das hier nicht vertiefen. Ich möchte zum Schluss noch einen Gedanken anfügen. Wir haben in Barcelona auch über die **Außenpolitik** der EU diskutiert. Mit den Beschlüssen zum Nahen Osten hat die Europäische Union in Barcelona unter Beweis gestellt, dass sie gemeinsame Positionen zu entwickeln vermag. In Barcelona wurde mit klarer europäischer Stimme Außenpolitik vertreten - mit den sehr differenzierten Bemerkungen zu Palästina und zu Israel. Das macht Hoffnung.

Im internationalen Konzert braucht die Welt, gerade wenn wir uns diese Region ansehen, eine starke europäische Stimme. Wenn das, was in Barcelona in Form von Formulierungen einer gemeinsamen Außenpolitik angefangen worden ist, weiterentwickelt wird, wird diese europäische Stimme hörbarer werden. Darauf können wir alle gemeinsam hoffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und des Abgeordneten Peter Lehnert  
[CDU])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt seiner Sprecherin, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sowohl in seiner Januar- als auch in seiner Februar-Tagung hat sich der Schleswig-Holsteinische Landtag ausführlich mit der Zukunft der Europäischen Union beschäftigt, insbesondere vor dem Hintergrund des neu eingesetzten europäischen Konvents. Der Konvent soll bis zum nächsten Frühjahr konkrete Vorschläge für die Neugestaltung der EU in erster Linie vor dem Hintergrund der Osterweiterung erarbeiten.

Seit dieser Landtagsdebatte hat sich der Europäische Rat zu seiner zweiten jährlichen Frühjahrstagung am 15. und 16. März in Barcelona getroffen. Von daher ist es sinnvoll, dass wir uns mit den Ergebnissen dieses Treffens beschäftigen. Normalerweise werden auf diesen Arbeitstreffen, die zwischen den richtigen halbjährlichen Gipfeln abgehalten werden, selten irgendwelche bahnbrechenden Beschlüsse gefasst. Ich muss sagen: Es war ein Arbeitstreffen. Von daher kann es ein bisschen verwundern, dass sich die CDU mit ihrem Antrag gerade auf dieses Arbeitstreffen gestürzt hat und danach fragt, welche der Beschlüsse unmittelbare Auswirkungen auf Schleswig-Holstein gehabt haben.

Nur ein Beschluss des Europäischen Rates in Barcelona hat in der deutschen Öffentlichkeit wirklich Aufsehen erregt, nämlich die Entscheidung der Mitgliedstaaten, an dem mittelfristigen Ziel festzuhalten, spätestens 2004 einen **Haushalt** zu erreichen, der nahezu ausgeglichen ist oder einen Überschuss aufweist. Diese aus meiner Sicht abenteuerliche Forderung, die Bundesfinanzminister Eichel akzeptiert hat, geht - wir wissen es, heute vielleicht noch mehr als vor einem halben Jahr - zulasten der Länder und Kommunen. Denn ohne weitere gravierende Sparmaßnahmen insbesondere bei den Ländern und Kommunen wird es nicht möglich sein, dass Deutschland dieses Ziel insgesamt einhalten kann. Der SSW hat dies bereits in der Landtagstagung im März kritisiert. Wir stehen zu dieser Kritik. Spätestens bei der Aufstellung des Haushalts 2003 werden wir sehen, was das im Einzelnen für die Menschen in Schleswig-Holstein bedeuten wird. Mehr kann man heute dazu wohl nicht sagen.

Der andere Teil des CDU-Antrags, in dem die Landesregierung aufgefordert wird darzulegen, inwieweit sie über den Bundesrat auf die konkreten Zielvorgaben der EU-Kommission, beispielsweise bei der Erhöhung des Rentenalters, der Betreuungsplätze von Kindern oder den bildungspolitischen Vorgaben Einfluss genommen hat, halte ich für ein bisschen an der Sache vorbei. Ich verstehe schon, dass man darüber debattieren kann, was Schleswig-Holstein in diesen Bereichen erreicht hat. Wenn es aber darum geht, die Frage zu beantworten, was man konkret über den Bundesrat gemacht hat, muss man sich auch die Frage stellen, ob man ernsthaft erwarten kann, dass das kleine Land Schleswig-Holstein, obwohl wir seit Jahren in der Ostseepolitik eine Vorreiterrolle spielen, die Beschlüsse des Europäischen Rates im Alleingang umsetzen kann. Ich stelle das einmal so in den Raum.

Dessen ungeachtet sollte es selbstverständlich sein, dass Bundesregierung und Bundesrat bestrebt sind, die **Beschlüsse der EU** umzusetzen. Das gilt aber anscheinend nicht für alle europäischen Länder. Den

**(Anke Spoorendonk)**

jüngsten Beweis dafür haben wir im französischen Präsidentenwahlkampf erhalten. Obwohl Jacques Chirac auch Unterzeichner der Schlussklärung von Barcelona ist, hat er im Wahlkampf erklärt, dass er sich bei einer Wiederwahl nicht an das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2004 halten wird. So viel zur viel beschworenen deutsch-französischen Achse in der EU!

Darüber hinaus wird von der europäischen Öffentlichkeit die Institution des EU-Gipfels insgesamt hinterfragt. Die Schlussklärung des Gipfels, die - wie wir gehört haben - 75, 78, mit Anhang vielleicht sogar 100 Seiten lang ist, hat Zielerklärungen für alle Politikfelder. Die meisten Forderungen kommen über bloße Absichtserklärungen und schöne Floskeln kaum hinaus. Papier ist eben geduldig.

Nach jedem Gipfel nimmt die Katerstimmung auch entsprechend zu. Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei den Treffen der Staats- und Regierungschefs immer wieder und immer weiter auseinander. Auch die Art, in der auf EU-Gipfeln Politik gemacht wird, Kompromisse geschlossen oder Vereinbarungen dann nicht eingehalten werden, sollte uns bei der Neugestaltung der Europäischen Union zu denken geben. Manchmal stimmt das Motto: „Less is more“, eben doch. Es passt auf jeden Fall für die Arbeitsweise in der EU. Es ist an der Zeit - da stimme ich dem Kollegen Lehnert zu -, dass sich die EU auf Kernaufgaben beschränkt und das Subsidiaritätsprinzip konsequent umsetzt. Wir werden sehen, ob der europäische Konvent die Kraft hat, Vorschläge in diese Richtung zu machen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Peter Lehnert [CDU] und Manfred Ritzek [CDU])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Rolf Fischer das Wort.

**Rolf Fischer [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich Ihre Aufmerksamkeit auf einen Punkt richten, der bisher noch nicht angesprochen wurde, der aber sowohl für Barcelona als auch für Schleswig-Holstein eine besondere Bedeutung hat. In den Ergebnissen

wird unter Nummer 53 darauf hingewiesen, dass der Europäische Rat die Mitgliedstaaten, die Kommission und die Europäische Investitionsbank auffordert, sich gemeinsam darum zu bemühen, Lösungen für die derzeitigen Probleme zu finden, die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Umweltpartnerschaften im Rahmen der **Nördlichen Dimension** stehen.

Die Nördliche Dimension ist das Dach, unter das wir unsere Ostseepolitik gestellt haben. Es liegen 21 Projekte vor, die unter der schwedischen Präsidentschaft vom **Ostseerat** übergeben worden sind. Zu diesen 21 Projekten gehören die genannten Umweltpartnerschaften. Ich möchte an dieser Stelle zu Protokoll geben, dass wir uns sowohl im Ostseerat als auch in der anstehenden Parlamentarierkonferenz dafür einsetzen werden, dass diese **Umweltpartnerschaften** tatsächlich stattfinden können, dass also die Politik der Nördlichen Dimension umgesetzt wird und dass zweitens die Politik der Nördlichen Dimension bei diesen Räten nicht aus dem Blickpunkt gerät.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir treten in die Abstimmung ein. Es ist beantragt worden, die Drucksache 15/1856 zur abschließenden Beratung in den Europaausschuss zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den darf ich um sein Handzeichen bitten! - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zum weiteren Verfahren möchte ich kurz Folgendes sagen: Es war jetzt die Beratung des Tagesordnungspunktes 22, Änderung des Umsatzsteuergesetzes, vorgesehen. Antragsteller ist die FDP. Auf Anregung des Antragstellers wird dieser Tagesordnungspunkt in der Juni-Tagung behandelt werden. Das gleiche gilt für die Tagesordnungspunkte 43 und 25. Das hat zur Konsequenz, dass wir am Schluss der Tagung sind.

Die 24. Tagung des Landtages wird für den 19. bis 21. Juni 2002 durch den Landtagspräsidenten einberufen werden. Zunächst wünsche ich dem hohen Haus aber eine angenehme Pfingstpause.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 12:52 Uhr**